



medico international

rund- schreiben 03/13

Israel/Palästina: 20 verlorene Jahre
Chile: Die neoliberale Katastrophe
Syrien: Weltpolitik am Anschlag

KOMMENTAR 4
ISRAEL/PALÄSTINA 8
SYRIEN 14
PROJEKTE – PROJEKTIONEN 22
SOMALIA 24
SÜDAFRIKA 29
AFGHANISTAN 30
CHILE 32
MEDICO AKTIV 38
MEDICO MATERIALLISTE 40
SERVICE/IMPRESSUM 42

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Großteil der chilenischen Haushalte sind mit 40 Prozent ihres Jahreseinkommens verschuldet, um die Bildung ihrer Kinder und die notwendigen Gesundheitsdienste zu bezahlen. Die soziale und psychische Dimension hinter dieser Zahl offenbart der Text des chilenischen Universitätsdozenten Carlos Pérez Soto, den wir im hinteren Teil dieses Heftes in Auszügen veröffentlichen: Prekarisierung der Arbeit und immense individuelle Verschuldung, so Pérez, seien die Elemente eines sich vertiefenden Neoliberalismus, der die meisten Chilenen am Rande des Zusammenbruchs leben lässt. Der Wirtschaftsaufschwung in Chile, das kürzlich in die OECD aufgenommen wurde und als der Armut entronnen gilt, wirft einen riesigen schwarzen Schatten. Den haben der internationalen Öffentlichkeit erst die lang anhaltenden Schüler- und Studentenproteste nahe gebracht. Die Aktivistinnen und Aktivisten sind dabei immer kreativ. Vom Kussmarathon bis zum drastischen Mundverkleben, wie auf unserem Titelbild, reichen die Ideen. Soll Ersteres das Ende der Angst beschreiben, zeugen die verklebten Mäuler vom Anpassungszwang und von der Schweigepflicht, die die neoliberale Ordnung denen auferlegt, die am vermeintlichen Wohlstand teilhaben wollen. Die chilenische Situ-

ation ist ein Blick auf unsere Zukunft, und die verheißt nichts Gutes. Dies war auch Thema des Seminars „Chile im Wandel?“, das die stiftung medico international und die Rabanus-Akademie anlässlich von 40 Jahren Militärputsch am 14. September 2013 in Frankfurt veranstalteten. Neben Carlos Pérez Soto lieferten u.a. der Kommunikationspsychologe Miguel Castello und der Theologe Michael Ramminger wichtige Beiträge, die sich mit dem neoliberalen Modell und der Frage beschäftigten, warum es trotz aller Proteste so stabil ist. Das Seminar kann man unter www.medico.de/chile nachlesen und nachhören.

Zukunft und Gegenwart der Enteignung von Öffentlichkeit und Privatsphäre beschreibt der Kommentar von Thomas Gebauer. Die Enthüllungen von Edward Snowden nimmt der Kommentar zum Anlass, die Kommodifizierung, also die Kommerzialisierung und das zur „Ware-Werden“, selbst intimster Lebensbereiche kritisch zu analysieren. Hier zeigt sich, dass die chilenischen Verhältnisse globalen Charakter tragen.

Die bislang größte humanitäre Katastrophe dieses Jahrhunderts spielt sich nicht weit von uns in Syrien ab. Sie, als Leserinnen und Leser des Rundschreibens, haben vielleicht unsere Berichterstattung und insbesondere die Texte syrischer Autorinnen und Autoren gelesen, die wir in den letzten Heften immer wieder veröffentlichten. Der Giftgasanschlag in den Vororten von Damaskus, der über 1.000 Tote forderte, ist eine erschreckende Eskalation in diesem Konflikt. Dieses Verbrechen gegen die Menschheit hat bei uns Erinnerungen an die Giftgasangriffe des irakischen Diktators Saddam Hussein auf das irakisch-kurdische Dorf Halabja wach gerufen. Am 16. März 1988 fand es statt. Damals starben mindestens 5.000 Menschen. Der Tod war ein Meister aus Deutschland. Das Giftgas stammte zum Teil aus Anlagen, die deutsche Firmen geliefert hatten. medico international stellte den Menschen Halabjas damals Medikamente, sogenannte Antidots, zur Verfügung, die die Wirkung des Giftgases neutralisieren. Dasselbe taten wir nach den Angriffen in Syrien. Für viele aber kam diese Hilfe zu spät. Welche Hilfen medico in Syrien unter diesen Bedingungen leistet und wo noch immer medico-Partner Zivilität und Demokratie aufrechterhalten, beschreibt Martin Glasenapp in seinem Text.

Nach der Lieferung der Antidots nach Halabja wurde medico zu einem Bußgeld von 800 DM verurteilt, weil die notwendigen behördlichen Genehmigungen nicht eingeholt wurden. Die deutschen Firmen hingegen, die sich daran beteiligt hatten, der irakischen Diktatur Giftgas zur Verfügung zu stellen, wurden nie zu Strafzahlungen verurteilt. Straflosigkeit ist nicht nur ein Thema an den Peripherien.

Ihre



Wessen Stimme zählt?
In Chile, dem Musterland des Neoliberalismus, protestieren Studierende im Juni 2013 gegen die seit 40 Jahren währende Privatisierung und den Abbau sozialer Rechte.



Enteig- nung

Über den Verlust
von Öffentlichkeit
und Privatsphäre



Edward Snowden hat mehr aufgedeckt als eine monströse staatliche Überwachung: den grenzenlosen Zugriff der Ökonomie auf das Leben.

Von Thomas Gebauer

Die katastrophale Tendenz der Gegenwart hat viele Facetten. Sie zeigt sich auch in Ereignissen, die oftmals nur von lokaler Bedeutung zu sein scheinen. Im Herzen Istanbuls beispielsweise, wo ein traditionsreicher und bei den Menschen beliebter Park einem Einkaufszentrum Platz machen soll; in brasilianischen Fußballstadien, wo die populäre Fan-Kultur nun teuren Business-Seats weichen musste; im deutschen Gesundheitswesen, wo gesetzliche Krankenkassen chronisch Kranke systematisch vergraulen, um „teure Risiken“ loszuwerden; in Barcelona, wo im Zuge der Umwandlung des alten Fischereihafens Port Vell in eine abgesicherte Marina für Superreiche nun die Bewohner der angrenzenden Wohnviertel von Vertreibung bedroht sind; oder in Venedig, wo der von Touristen aus aller Welt geschätzte Markusplatz künftig nur noch einer zahlungskräftigen Klientel vorbehalten sein wird. Acht Euro und mehr kostet ein Espresso in den dortigen Cafés bereits: der Markt gebe es her, so die Kaffeehausbetreiber, man müsse sich nur noch von der irrigen Idee verabschieden, dass solche Plätze allen zugänglich sein müssen.

Mit großem Tempo schreitet die Enteignung der Öffentlichkeit voran und werden heute Orte, Institutionen und Werte, die für das Gemeinwohl gestanden haben, dem öffentlichen Leben entzogen, privatisiert oder dem Produktionsprozess untergeordnet. Die Enteignung des Öffentlichen ist aber nur die eine Seite der Medaille; die andere ist die Enteignung des Privaten.

Seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist für alle zur Gewissheit geworden, was letztlich schon lange bekannt war: dass in der heutigen Zeit von Privatsphäre in einem emphatischen Sinne nicht eigentlich mehr die Rede sein kann. Ohne Frage ist das Ausmaß des Abfischens, der Speicherung und der Auswertung von persönlichen Daten, das nun bekannt geworden ist, ein Skandal. Ausgerechnet die USA, die vielen noch immer als Inbegriff von Liberalität und Privatheit galten, haben sich zu einer endemischen Überwachungsgesellschaft entwickelt. Dabei macht die NSA-Affäre auch deutlich, dass technische Entwicklungen, die zur repressiven Kontrolle von Menschen verwendet werden können, irgendwann auch tatsächlich dazu genutzt werden. Mit den Möglichkeiten, die das World Wide Web inzwischen bietet, ist eine neue höchst prekäre „Öffentlichkeit“ entstanden, die prinzipiell alle, die im Netz unterwegs sind, zum Objekt von Ausspähung und Überwachung macht.

„Wir haben nichts zu verbergen“, so versuchen sich viele Nutzer zu beruhigen. Sie übersehen dabei, wie viel sie zu geben haben. Denn Kontrolle und Disziplinierung sind nur die eine Seite von Überwachung und Datenerfassung. Die andere ist eine gleichermaßen beängstigende: Die Standardisierung und Lenkung von menschlichem Verhalten, um es dem herrschenden Wirtschaftsgeschehen profitabel verfügbar zu machen. Dabei verwandelt sich die Sphäre des Privaten in eine Sphäre des Konsums, die, so Adorno, als bloßer

„Anhang des materiellen Produktionsprozesses, ohne Autonomie und ohne eigene Substanz, mitgeschleift wird“.

Weltweit tätige IT-Firmen speichern persönliche Daten, oft in Kooperation mit der NSA: sie spähnen private Vorlieben aus, beobachten individuelles Kaufverhalten und erstellen Konsumentenprofile – alles mit dem Ziel, die Effizienz von Produktion und Konsum zu steigern. Auf bemerkenswerte Weise korrespondiert die Begrenzung von Öffentlichkeit mit der Entgrenzung des Privaten. Privates wird „öffentlich“, Öffentliches „privat“. Es gehört keine sonderliche Phantasie dazu, um sich vorzustellen, wie künftig weniger betuchte Besucher Venedigs per Smartphone zu „Plätzen“ gelotst werden, wo es zu erschwinglichen Preisen das gibt, was sie gewöhnlich konsumieren. Und wer einmal eine der großen Malls in den USA besucht hat, weiß, dass es längst die Einkaufszentren sind, wo Familien ihre Freizeit verbringen, Jugendliche sich verabreden, aber kein mobiler Eisverkäufer mehr seinen Stand aufschlagen kann, sondern weltweit operierende Ketten weltweit standardisiertes Fast Food anbieten.

Die Welt der „Bits and Bytes“ ermöglicht nicht nur eine effiziente politische Kontrolle des menschlichen Lebens, sondern auch dessen Unterwerfung unter das Diktat von Ökonomie. Mit den neuen Technologien sind der Ökonomisierung des Lebens heute kaum noch Grenzen gesetzt. Längst geht es nicht mehr nur um die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, sondern um die Kapitalisierung aller Bereiche menschlicher Existenz: der Ernährung, der Bildung, der Freizeitgestaltung, des solidarischen Miteinanders. Kostenpflichtige Online-Dating Angebote drängen sich in die Gefühlswelt. Soziale Medien profitieren vom Bedürfnis nach Freundschaft und Anerkennung. Und „shared economy“, auf der diesjährigen CeBIT als Geschäftsmodell der Zukunft gepriesen, zielt darauf, selbst noch aus der Bereitschaft zu Nachbarschaftshilfe und zum Teil-

len Profit zu schlagen. Unerbittlich frisst sich das ökonomische Kalkül durch die Körper, die Affekte, die Institutionen, das Sozialgefüge, die Welt.

Primäres Ziel ist nicht die Gestaltung menschlicher Lebenswelten, sondern deren Kolonisierung zum Zwecke des Profits. Freizeit, Freundschaften, gegenseitige Unterstützung – all das gibt es künftig immer weniger als solches und selbstbestimmt, sondern nur noch vermittelt über den Konsum.

Das gilt leider auch für das Helfen. Kürzlich schrieb Peter Buffett, der Sohn des milliarden-schweren Finanzinvestors Warren Buffett, in der New York Times, dass all das Bemühen, die Armut über Mikrokredite zu bekämpfen, nur dazu geführt hat, selbst noch diejenigen, die nichts haben, in das herrschende System aus Schulden und Zinszahlungen hineinzuziehen. Einen „Charitable-Industrial Complex“ sieht Buffett am Werk, der – angetrieben von einem „philanthropischen Kolonialismus“ – darauf zielt, auch die Armen zu miteinander konkurrierenden Geschäftsleuten zu machen. Der Eintritt in die Welt der Waren und Dienstleistungen geht einher mit dem Verlust eines solidarischen Miteinanders. Die Idee der Assoziation freier Individuen löst sich auf in der Gegnerschaft von Schuldsklaven, die untereinander in Konkurrenz treten müssen, um den Zinsforderungen entsprechen zu können.

Die Vorstellung eines allgemeinen Rechts auf Privatsphäre, eines Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit entstand in seiner heutigen Form in den Aufständen gegen den Feudalismus, der zuvor dafür gesorgt hatte, dass sich nur eine kleine Elite dieses Recht sichern konnte. Seitdem ringen Gesellschaften um das richtige Maß zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl, zwischen den Interessen der Einzelnen und denen der Gesellschaft. Es zeichnet demokratisch verfasste Gemeinwesen aus, dass sie darum bemüht sind, das Spannungsverhältnis zwischen Öff-

fentlichem und Privatem offen zu halten. Mit der gegenwärtigen Enteignung von beiden kommt dieser Prozess zu einem Ende; zum Schaden von Demokratie, die in ihren Grundfesten ausgehebelt wird; zum Wohle einer kleinen Elite, die sich auch künftig beides leisten kann, den Luxus öffentlicher Plätze und eines privaten Lebens, in das niemand Einblicke hat.

Es ist gut, dass diese Entwicklung nicht unwidersprochen bleibt. Das Aufbegehren gegen die Zerstörung des Gezi-Parks in Istanbul, die sozialen Massenproteste in Brasilien, die Verteidigung des Rechts auf Stadt und Nachbarschaft in Barcelona, der Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Gesundheitsdienste in aller Welt, die Proteste gegen „Prism“, aber natürlich auch und gerade der Widerstand gegen autoritäre Regime, ob in der arabischen Welt oder anderswo – all das ist Ausdruck eines unstillbaren Drängens auf demokratische Verhältnisse, in denen Freiheit und Gemeinwesen nicht zu euphemistischen Umschreibungen für Rendite und Kontrolle verkommen sind.



Was denken Sie über den Fall Snowden, die staatliche Überwachung durch NSA und Co. und den allseitigen Zugriff auf persönliche Datenspuren im Netz? Diskutieren Sie mit im medico-Blog unter www.medico.de/nsa



20 verlorene Jahre

Israel/Palästina:
Die unerfüllten Hoffnungen
der Osloer Verträge

Ein palästinensisches Paar aus der West Bank am Strand von Tel Aviv im August 2013. Alltag? Keineswegs. Nur aufgrund einer Ausnahmegenehmigung der israelischen Besatzungsverwaltung durfte es die Feiern zum Ende des Ramadan am Meer verbringen.

ne

ngen



1993 wurden die Friedensverträge von Oslo unterzeichnet, die Welt hoffte auf ein Ende des Nahostkonfliktes. Die Bilanz fällt düster aus.

Von Tsafir Cohen

Auf dem Rasen vor dem Weißen Haus in Washington wurden am 13. September 1993 die Osloer Friedensverträge feierlich besiegelt, eine Verabredung des Übergangs hin zu einem eigenständigen Palästina. Es kam zum historischen Händedruck zwischen Jassir Arafat und Jitzchak Rabin, beide wurden mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Die Welt nahm Anteil, die Begeisterung war außerordentlich und man hoffte, der Nahostkonflikt werde nun endgültig Geschichte.

Eine schleichende Ent-Entwicklung

Wer heute über die Evidenz und Nachhaltigkeit der Osloer Friedensverträge nachdenken möchte, sollte vielleicht ins Jordantal nach Furush Beit Dajan fahren. In diesem kleinen palästinensischen Dorf sind alle festen Wohnhäuser 40 Jahre alt und entsprechend marode. Warum? Seit der Eroberung der besetzten Gebiete im Jahr 1967 steht auch Furush Beit Dajan unter israelischer Verwaltung, und das heißt nicht langsam wachsende Unabhängigkeit, sondern eine schleichende Ent-Entwicklung. Die Militärverwaltung verweigert jede Baugenehmigung und blockiert damit jeden Fortschritt. Wer trotzdem mit Zement baut, riskiert den Zwangsabriss.

Deshalb gab es in dem Dorf auch keinen Kindergarten. Um diesem dringenden Bedarf gerecht zu werden, haben wir – finanziell unterstützt von den beiden kleinen, aber engagierten Stiftungen OMID

und L. Möller aus München – unseren Partner Union of Agricultural Work Committees (UAWC) dabei unterstützt, den Zementboykott zu umgehen und einen Kindergarten zu errichten. Der Bauplan und die Materialbeschaffung waren ein konspiratives Manöver erster Güte. Die Idee bestand darin, den Kindergarten in zwei Containern unterzubringen. So konnte man das Zementverbot umgehen und die Einrichtung mobil halten. Man kann sie jederzeit versetzen, sobald sie ins Fadenkreuz der israelischen Ziviladministration gerät. Zuerst suchten wir lange eine Firma, die willens und in der Lage war, zwei Container in einer Nacht- und Nebelaktion an Einheiten der israelischen Armee sowie den privaten Sicherheitsfirmen der nahen jüdischen Siedlungen vorbeizuschleusen. Dann wurden die Container in einem etwas von der Straße zurückversetzten Gärtchen aufgestellt.

Dieses kleine Beispiel ist symptomatisch für die Realität in fast 60 Prozent des Westjordanlands. Während die israelischen Siedlungen mithilfe großzügiger staatlicher Subventionen gefördert werden, wird der Zugang palästinensischer Gemeinden zu Wasser und Land systematisch verknappt und dürfen Häuser nicht ans Stromnetz angeschlossen werden. Mit dieser Politik des Ausschlusses und der gezielten Verknappung von Ressourcen und Infrastruktur verdrängt die israelische Administration die palästinensische Bevölkerung in die engen städtischen Enklaven wie Ramallah und Nablus. Die Osloer Verträge sahen noch die geordnete Übergabe von Verant-

wortlichkeiten an zu schaffende palästinensische Autoritäten vor. Doch die israelische Hegemonie und enorme Machtasymmetrie gegenüber den Palästinensern verführte Israel dazu, tradierte Besiedlungsprozesse fortzusetzen und eigene Kontrollansprüche zu perfektionieren. Verhandlungen zwischen zwei gleichberechtigten Parteien hat es nie gegeben.

Ein erster kleiner Schritt

20 Jahre und mehrere Friedensrunden später setzen sich heute israelische und palästinensische Politiker erneut zusammen und führen Gespräche. Dabei erkennt Israels Premier Netanjahu keinen Widerspruch zwischen dem Bau weiterer jüdischer Siedlungen oder dem Abriss palästinensischer Häuser und der Aufnahme von Friedensverhandlungen – zumal der gewählte Gesprächspartner, der palästinensische Präsident Abbas, aktuell erpressbar und schwach ist. Er ist aufgrund ausstehender Wahlen weder demokratisch legitimiert noch kann er wegen des Zwists mit der reaktionären Hamas frei verhandeln. Damit die Fehler der letzten 20 Jahre nicht wiederholt werden, muss die Weltgemeinschaft Israels Politik und Öffentlichkeit davon überzeugen, dass sie nicht weiterhin über Frieden reden und diesen gleichzeitig verhindern können. Und dass es einen realen Preis gibt für die Verweigerung eines gerechten Friedens.

Und tatsächlich hat die EU kürzlich einen ersten Schritt gewagt und eine Richtlinie herausgegeben, die sicherstellen soll, dass keine Fördergelder aus Quellen der EU in die Siedlungen in den besetzten Palästinensergebieten gelangen. Siehe da, dieser kleine Schritt hatte positivere Folgen als die Millionenbeträge, die sie in den Vorjahren in Friedensprojekte und Gesprächskreise investiert hatte. Schon die Ankündigung der EU-Richtlinie hat zu einer beträchtlichen Änderung im innerisraelischen Diskurs geführt. Zum ersten Mal

seit Jahren wurde die Besetzung ein zentrales Thema in Israel. Plötzlich dämmert es auch den bislang die Besetzung ignorierenden Hipstern in Tel Aviv, dass die Militärpräsenz auch sie etwas kosten wird, dass sie von der westlichen Welt, der sie sich zugehörig fühlen, abgelehnt wird und sie sich entscheiden müssen zwischen einem westlich offenen Lebensstil und dem chauvinistischen Besatzungsprojekt.

Dies ist ein erster Schritt, und es ist zu hoffen, dass auch die Bundesregierung diese Richtlinie ernstnimmt und in nationales Recht umwandelt. In einem weiteren Schritt könnten Produkte aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen auf dem europäischen Markt als solche (und nicht als israelische Produkte) gekennzeichnet werden. Hierzu würde auch gehören, dass höchste Ebenen Druck auf Israel ausüben, damit den zwangsverarmten palästinensischen ländlichen Gemeinden endlich Baupläne und Baugenehmigungen erteilt werden. Und wenn Israel palästinensische Infrastruktur zerstört, sollten die Bundesregierung wie die EU darauf grundsätzlich mit Wiederaufbau reagieren und die Verwüstungen gleichzeitig mit scharfen diplomatischen Rügen bedenken. Denn für unsere israelischen und palästinensischen medico-Partner gibt es nur eine tagtägliche Lehre aus Oslo: Ein realer Fortschritt zeigt sich nicht in Gesprächen und möglichen Abkommen, sondern darin, wie die Menschen leben. Können sie bauen, können sie reisen, sind sie im Besitz ihrer Bürgerrechte? Mithin: Zählt die palästinensische Existenz genauso viel wie das Glück und die Zukunft aller anderen, die zwischen Mittelmeer und Jordan leben?

Die Kontrolle frisst sich in den Alltag

Beobachtungen aus den besetzten Gebieten: Interview mit Yehuda Shaul, Gründer des medico-Partners „Breaking the Silence“.



Yehuda Shaul, 30, kam in Jerusalem zur Welt. Nachdem der orthodoxe Jude von 2001 bis 2004 als Infanterist in Hebron gedient hatte, gründete er die Organisation Schowrim Shtika [Breaking the Silence].

Mit den Osloer Verträgen sollte der Übergang in eine palästinensische Staatlichkeit organisiert werden. Haben wir heute, zwanzig Jahre später, mehr oder weniger Besatzung?

Ich gehöre nicht zu denen, die davon ausgehen, dass Israel die Osloer Verträge nur unterschrieben hat, um die Kontrolle über die Palästinenser zu vertiefen. Nein, Israel wollte tatsächlich die Kontrolle und Verantwortung nach und nach an die Palästinenser übergeben. Aber die real existierende Machtasymmetrie zugunsten Israels verführte die

politische Klasse dazu, mittels der Verträge die Kontrolle zu vertiefen. Zudem gab es innerhalb Israels immer einen großen Widerstand gegen die Rückgabe der besetzten Gebiete, wie er auch in dem Mord an Jitzchak Rabin kulminierte. Ein jüdischer Spruch besagt: „Ein Richter kann lediglich anhand dessen richten, was er mit eigenen Augen sieht.“ Wir sollten daher weniger über die möglichen Motive hinter den Friedensreden israelischer Politiker der letzten zwanzig Jahre spekulieren, sondern das, was tatsächlich vor Ort geschieht, beurteilen. Dann ergibt sich ein eindeutiges Bild: Die Zahl der jüdischen Siedler im besetzten Palästina hat sich seit Oslo von 110.000 auf 360.000 verdreifacht. Dabei zähle ich nur jene außerhalb des Großraums Jerusalem, die sich dort niedergelassen haben, wo mit Zustimmung Israels laut den Osloer Verträgen ein künftiger Palästinenserstaat entstehen sollte. Zugleich missbraucht Israel seine im Osloer Vertrag temporär zugesprochene Verantwortung für die ländlichen Gebiete, C-Gebiete genannt, um die Palästinenser aus diesen Zonen zu verdrängen und sie in möglichst dichtgedrängten Enklaven zu konzentrieren.

Die Verdrängung der Palästinenser ist evident. Aber wie wächst die Kontrolle?

Im Jahr 2004 war ich Soldat und erhielt den Befehl, in dem Dorf Husan südlich von Jerusalem

einen „Würge-Checkpoint“ einzurichten. Alle Zugänge zum Dorf wurden geschlossen, wir sollten den letzten Ausgang blockieren. Wir kamen gegen sechs Uhr morgens und sperrten das Dorf ab. Nach und nach entstand eine völlig chaotische Situation. Mittags sollten wir zu unserem Stützpunkt zurückkehren. Der Kommandeur befahl uns abziehen, obwohl die Ablösung erst eine halbe Stunde später kam. Ich wollte mich beschweren, da in dieser halben Stunde alle, die wir am Morgen daran gehindert haben, kommen und gehen könnten, wie sie wollten. Dann kapierte ich: Es ging gar nicht um die „Sicherheit“, es war völlig egal, wer das Dorf verlässt und wer kommt. Wir waren lediglich dazu da, den Palästinensern klarzumachen, wer hier das Sagen hat, und dass wir jederzeit in der Lage sind, ihnen den Alltag zur Hölle zu machen. Diese systematische Störung des täglichen Lebens ist mit einer administrativen und physischen Trennungspolitik verknüpft. So entsteht Kontrolle, so frisst sie sich in den Alltag.

Was hat das mit den Osloer Verträgen zu tun?

Die Osloer Verträge sind hierfür der Schlüssel, denn sie regeln in allen Details das Leben in den besetzten Gebieten. Da die Palästinenser keine staatliche Verantwortung bekommen, kontrolliert die israelische Besatzungsadministration tatsächlich alles und jedes. So legen israelische Agronomen fest, wie oft ein palästinensischer Bauer seine Olivenhaine besuchen darf, um diese zu pflegen. Ein Tag im August, zwei im Oktober, mehr ist in den Augen der Militärverwaltung nicht notwendig. Im Rest des Jahres ist der Zugang zu den als „sicherheitsrelevant“ erklärten Flächen verboten. So wächst die Kontrolle. In Hebron war ich einer der 650 Soldaten, die 850 jüdische Siedler inmitten einer palästinensischen Stadt mit 175.000 Einwohnern beschützte. Hier schloss die israelische Administration 1.800 palästinensische Geschäfte, manche Straße dürfen Palästinenser nur mit einer Sondergenehmigung betreten. So mussten die Anwälte eines jungen Palästinensers zwei Monate prozessieren, damit der frisch Ver-

mählte, der an einer dieser verbotenen Straßen wohnt, seine neuen Möbel ins Haus bringen durfte. Damit die Besatzung nicht zu viel Widerstand erzeugt und dauerhaft Bestand hat, soll sie ohne humanitäre Katastrophe durchgesetzt werden. Deshalb rechnet die israelische Administration in Krisenzeiten zur Wahrung des Scheins akribisch Kalorienmengen zusammen, die jeder Bewohner Gazas unabdingbar benötigt. Aufgrund dieser Kalkulationen autorisiert sie vorübergehend nur die Einfuhr entsprechender Mindestmengen von Nahrungsmitteln.

Was tun, damit es nicht weitere zwanzig Jahre so weitergeht?

In Israel müssen wir begreifen, dass die Besatzung kein passiver Prozess ist. Jedes Mal, wenn Soldaten in unserem Namen nachts ein Haus betreten, nur weil dort Palästinenser wohnen, vertiefen wir wissent- und willentlich das herrschende Unrecht. Wir können diesen Prozess jederzeit beenden. Ja, wir müssen es sogar tun, denn der Kampf gegen die Besatzung ist zwar der Befreiungskampf der Palästinenser, aber auch unsere ethische und physische Existenz hängt davon ab. Und ihr in Europa solltet euch nicht allein von den Friedensgesprächen leiten lassen. Es sind die Besatzungsverhältnisse, die enden müssen. Wirklich alle, denen Israel und die Menschenrechte am Herzen liegen, sollten für das Ende der Besatzung eintreten – bedingungslos und sofort.

Das Interview führte Tsafir Cohen.

Unterstützt von medico berichten in der Organisation Breaking the Silence israelische Reservisten offensiv ihre Erlebnisse in den palästinensischen Gebieten und greifen damit das Verschweigen der Besatzungsrealität in der israelischen Gesellschaft an – eine Vorbedingung für die Überwindung der Ungerechtigkeit.

Spendenstichwort: Israel/Palästina.

Politik am An- schlag



Fotos: LCC Erbin

Alltag in Damaszener Vororten: Artilleriebeschuss in Erbin im September 2013.

Syrien: Ein Land in Auflösung. Inmitten der Gewalt gibt es jedoch Orte der Hoffnung und zivilgesellschaftlicher Solidarität.

Von Martin Glasenapp

Nach dem Giftgasangriff verspricht die syrische Tragödie weiterhin kaum mehr als Grauen und Leid. Der US-amerikanische Militärschlag gegen das Assad-Regime ist aufgeschoben. Doch die Gefahr einer militärischen Intervention ist längst nicht gebannt, und in Syrien geht das Töten mit konventionellen Waffen weiter. Welche Möglichkeiten der solidarischen Hilfe bestehen unter diesen Umständen noch?

Die eigentliche syrische Revolution, das Aufbegehren gegen Armut und Willkürherrschaft, das den Aufstand am Anfang auszeichnete, ist zerrieben. Täglich verlassen 6.000 Syrerinnen und Syrer das Land. Zwei Millionen Menschen sind bereits in die Anrainerländer geflohen, und geschätzte vier Millionen befinden sich innerhalb des Landes auf der Flucht – bei 23 Millionen Einwohnern. 1,3 Millionen Wohneinheiten sind zerstört. Einzelne Regionen und Ortschaften mit besonders intensiven Kampfhandlungen gleichen unbewohnbaren Kraterlandschaften. Der Krieg hat inzwischen den Charakter eines finalen Kampfes. Das syrische Regime will die „Terroristen ausradieren“ und meint damit die Opposition. Es weiß dabei noch immer einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung hinter sich, die ihrerseits Angst vor zunehmend radikalreligiösen Rebellen haben. Diese drohen spätestens nach den Giftgasopfern von Damaskus ganz unverhohlen mit der Vertreibung und Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Alawiten und Christen. Zwischen beiden Lagern befinden sich all jene, die sich keinerlei Seite zugehörig fühlen, die aber Angst vor einem mögli-

chen Machtwechsel und damit auch dem Ende ihrer kulturellen Werte und Lebensweise haben. Der mehr als zweijährige syrische Bürgerkrieg hat den einst hoch zentralisierten Staat in drei verschiedene Einflusszonen geteilt, von denen jede über eigene Fahnen und „Sicherheitsstrukturen“ verfügt. In jeder dieser Zonen finden ideologische Machtkämpfe statt, und die Frontlinien sind in permanenter Bewegung. Das Regime hat festen Zugriff auf einen Korridor, der von der südlichen Grenze zu Jordanien über die Hauptstadt Damaskus bis an die Mittelmeerküste reicht. Die Rebellen kontrollieren einen Raum, der sich von der türkischen Grenze über Aleppo im Norden und entlang des Euphrat zu der porösen irakischen Grenze im Osten erstreckt. Versteckt in der nordöstlichen Ecke, hat mittlerweile die kurdische Minderheit eine provisorische Semiautonomie. Während die sunnitischen Rebellen große Teile der ländlichen Gebiete im Norden kontrollieren, ist die Regierung weiterhin – mit Ausnahme der Stadt Raqqa und Teilen von Aleppo – in allen Provinzhauptstädten präsent. Das Regime hält zudem eine Unzahl von Militärbasen und Checkpoints, die aber vielfach nur noch aus der Luft versorgt werden können. Die Oppositionsbewegung selbst ist weit entfernt von einem einheitlichen politischen und militärischen Vorgehen. Zuletzt brachen offene Kämpfe zwischen „moderaten“ prowestlichen Einheiten der „Freien Syrischen Armee“ und radikalreligiösen Milizen aus. Dazu haben mit Al-Qaida liierte Terrorgruppen begonnen, die kurdischen Siedlungsgebiete anzugreifen. Im Norden hissen radikalreligiöse Milizen schwarze Fahnen des Islams.

Deren „Justizräte“ praktizieren ihre Interpretation der Scharia: sie richten gefangene Soldaten und Anhänger des Regimes öffentlich hin oder köpfen Angehörige religiöser Minderheiten. Im Nordosten sind kurdische Flaggen zu sehen, nachdem sich für die größte Minderheit im Land durch den Rückzug der Zentralgewalt das zuvor undenkbbare Fenster einer föderalen Autonomie öffnete. Die circa 2,5 Millionen Kurdinnen und Kurden wurden jahrzehntelang von Assads Baath-Partei unterdrückt, zwangsassimiliert und verfolgt. Jetzt gehen sie überschwänglich mit ihrer zuvor verdrängten Sprache und Kultur an die Öffentlichkeit, sie verfügen über eine eigene Polizei sowie Sicherheitskräfte mit hohem Frauenanteil und erproben eine direkte kommunale Demokratie. Die Schulkinder lernen Arabisch und Kurdisch in der Schule – der absolute Tabubruch.

Alltagshelden nahe der Hauptstadt

Auch wenn jenseits der kurdischen Brise von Freiheit das syrische Bild nur düster erscheint, ist nicht alles im Land ohne Hoffnung. Natürlich müssen sich die verbliebenen zivilen Komitees sowohl gegen ein erbarmungsloses Regime erwehren, das ganze Stadtteile dem Erdboden gleich macht, wie auch gegen den immer stärker werdenden religiösen Terror bewaffneter Milizen. Aber es gibt auch Ausnahmen, Orte dazwischen, wo soziale Freiräume erkämpft und verteidigt werden. Etwa in der Stadt Erbin, dem viertgrößten Vorort von Damaskus mit etwa 75.000 Einwohnern, mehrheitlich sunnitisch geprägt, aber auch mit einer griechisch-orthodoxen Gemeinde. Erbin ist traditionell eine Region mit einer Vielzahl von Handwerksbetrieben und lokalen Fabriken für landwirtschaftliche Produkte. Das Basiskomitee von Erbin gründete sich bereits im Sommer 2011 zu Beginn des damals noch friedlichen Aufstands. Später fanden auch hier heftige Kämpfe zwischen der Armee und der oppositionellen „Freien Syrischen Armee“ statt. Aber Erbin hatte

Glück im Unglück. Im Winter 2012 zogen sich die Soldaten aus weiten Bereichen der Stadt zurück. Das lokale Komitee gründete Suppenküchen für Flüchtlinge, eine Feuerwehr, eine Müllabfuhr, eine juristische und eine medizinische Kommission, dazu ein Medienzentrum. Dabei hatte das Komitee selbst Glück, denn durch den Kontakt zu der in Deutschland ansässigen Solidaritätsinitiative „Adopt a Revolution“ konnte ein satellitengestützter Breitband-Internetzugang eingerichtet werden, über den die lokale Mediengruppe Anschluss an die globale Öffentlichkeit fand. Erbin liegt nur wenige Kilometer von den Ortschaften Ain Tarma, Zamalka und Moadamieh im Raum Ost-Ghoutha entfernt, wo am 21. August 2013 die Giftgasangriffe die meisten der rund 1.000 Opfer forderte. Die Aktivisten des Komitees von Erbin waren daher mit als Erste vor Ort, halfen Tote und Verletzte zu bergen und versuchten mit ihren Mobiltelefonen und Kameras das grauenhafte Geschehen zu dokumentieren. Und weil es jenen Satellitenzugang durch Spenden aus Deutschland gab, konnten die schockierenden Aufnahmen tatsächlich die Welt sofort erreichen – und bewegen. Die Bilder aus Erbin waren bei CNN, Al Jazeera, im ARD-Brennpunkt und in der New York Times zu sehen.

Nicht weniger notwendig ist ein weiteres Projekt: die Freie Schule. Nachdem viele Schulgebäude zerstört wurden oder Flüchtlinge beherbergen, mussten neue Formen des Unterrichts erdacht werden. Zudem bieten verstärkt islamische Hilfswerke Kurse an, in denen die zuvor mit Lobhudeleien auf die Assad-Familie gespickten Lehrbücher durch religiöse Gebetsschriften ersetzt werden. Das Komitee konnte mit den lokalen Rebellenkommandeuren aushandeln, dass es unabhängige Schulen einrichten kann, denen sich kein Bewaffneter nähert und in deren Lernstoff sich niemand einmischt. So entstanden die ersten Klassen, zumeist in Kellern von größeren Häusern. Hier versuchen freiwillige Lehrer für ein kleines Gehalt, das von medico getragen wird, mit selbst entwickelten Lehrbüchern, die Kinder auf ein neues, freiheit-

licheres Syrien vorzubereiten, wo Bürgerrechte, aber auch das Recht auf den eigenen Glauben und kulturelle Differenz respektiert werden.

Die Mühen der Selbstverwaltung

Dass dieses Ziel kein leichtes Unterfangen ist, bestätigte im 600 Kilometer von Erbin entfernten syrisch-kurdischen Qamischli im Gespräch mit medico unlängst auch Sinam Mohammed, Vertreterin des Hohen Kurdischen Rats. Eine föderale, demokratische Selbstverwaltung und ein solidarisches Miteinander seien Ausdruck einer Haltung, so die kurdische Politikerin, die die syrische Gesellschaft erst erlernen müsse. „Wir haben den autoritären Baathismus, das pure Gehorchen, die Gewalt bei Widerspruch und die Unmöglichkeit der Mitsprache seit Kindesbeinen eingebläut bekommen.“ Insofern sei es auch mühsam, in den vom Regime hinterlassenen Leerstellen, sofort eine bürgerschaftliche Verantwortung zu entwickeln. Aber auch der Mangel an Sicherheit, Strom, Medikamenten und medizinischem Gerät gefährdet die Erfolgsaussichten des kurdischen Experiments. Für Shenaz Mihoo, Präsidentin des kurdischen Roten Halbmonds in Syrien, ist der Gesundheitsnotstand längst Alltag geworden: „Seit Monaten haben wir extreme Probleme in allen Krankenhäusern. Es fehlen Blutkonserven, Sauerstoff, Eis, Operationsmaterial wie Kanülen. Überwundene Infektionskrankheiten brechen wieder aus, weil seit zwei Jahren die Impfungen ausfallen.“ Unlängst schaffte medico es, zusammen mit den Solidarstrukturen der kurdischen Zivilgesellschaft in der Türkei, medizinische Nothilfe ins bedrängte „Rojava“ (kurdisch: „Westen“) zu senden, wie Kurdinnen und Kurden Westkurdistan in Syrien liebevoll nennen. Noch immer ist alles ein Anfang, inmitten des sich ausweitenden Bürgerkriegs.

Die revolutionären Träume wurden zu Grabe getragen, die Hoffnung auf ein anderes Syrien aber stirbt zuletzt.



Die Freie Schule von Erbin: Abschlussfeier der 3. Klasse inmitten des Krieges.

medico möchte ausdrücklich allen Spenderinnen und Spendern danken, die unsere solidarische Nothilfe in der komplizierten syrischen Lage erst ermöglichen: engagierte Ärzte, freie Schulen, medizinische Nothilfe in Kurdistan. Durch ihr Vertrauen kamen im laufenden Jahr bis zur Drucklegung dieses Heftes allein 90.000 Euro zusammen. Das macht uns Mut und gibt uns die Möglichkeit der unabhängigen Unterstützung all jener lokalen Partner, die weiterhin an der Hoffnung auf ein freies Syrien festhalten – jenseits der Despotie und des religiösen Terrors, entgegen einer noch immer drohenden westlichen Militärintervention. Den genauen Überblick unserer Projektpartner, wie auch zur Flüchtlingshilfe im Libanon, finden Sie auf unserer Webseite.

Spendenstichwort: Syrien.

Streit um die Schutzverantwortung

Syrien: Plädoyer für Multilateralismus und nicht militärische Konzepte. Gespräch mit Prof. Lothar Brock über „Responsibility to Protect“.



Foto: HSFK

offenen „Regime Change“ gesprochen. Jetzt bleibt der Militärschlag weiterhin eine Drohkulisse. Ist es ein Spiel mit dem Feuer, oder könnte er tatsächlich die Menschen vor Ort schützen?

Ich glaube, dass in den USA innenpolitische Zwänge und die Eigendynamik der vergangenen Wochen im Vordergrund stehen – und nicht die Frage, wie man die Menschen vor Ort am besten beschützen kann. Wenn der amerikanische Außenminister Kerry wiederholt behauptet, die US-Regierung habe unwiderlegbare Beweise dafür, dass das Assad-Regime für die Giftgasangriffe verantwortlich ist, diese aber bis heute nicht auf den Tisch gelegt wurden, ist das höchst irritierend. Es erinnert stark an den Irakkrieg 2003, obwohl man die Politik von George Bush und von Barack Obama nicht über einen Kamm scheren sollte. Man kann natürlich die These vertreten, dass sich der Aufbau einer Drohkulisse als nützlich für die Eröffnung neuer Verhandlungsperspektiven erweist – nach dem Motto: ohne Drohung keine Gespräche. Aber das ist ein Spiel mit dem Feuer, da sich ja durchaus noch die Situation ergeben kann, dass man der Drohung Taten folgen lassen müsste; denn die Kontrolle der Chemiewaffen in einem Bürgerkrieg ist äußerst schwierig, und sie erfordert Verhandlungen, die den Geltungsanspruch des Assad-Regimes stär-

Prof. em. Dr. Lothar Brock ist Politikwissenschaftler und Experte für Internationale Beziehungen. Er ist seit vielen Jahren in der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) aktiv, er lehrt weiterhin an der Goethe-Universität Frankfurt und ist Mitglied im Beirat der Stiftung Entwicklung und Frieden.

Seit dem Giftgasangriff diskutiert die Welt über eine angemessene Reaktion gegenüber dem Assad-Regime. Zwischendurch hatten US-amerikanische Regierungsvertreter gar von einem

ken werden. Da sind neue Komplikationen zu erwarten, die man nur durchstehen kann, wenn man weiß, worauf man eigentlich hinauswill.

Im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten wird immer wieder das Konzept Responsibility to Protect ins Spiel gebracht. Die einen sehen darin eine Legitimation für Militärschläge, andere ein ausgefeiltes Regularium, wie die internationale Staatengemeinschaft ihrer Schutzverantwortung nachkommen will. Was stimmt nun?

Um die Probleme zu verstehen, muss man zeitlich etwas zurückgehen: Seit Anfang der 1990er Jahre, ausgelöst durch den Genozid in Ruanda und den Massermord in Srebrenica, ist die internationale Gemeinschaft einhellig der Meinung, dass man Massenverbrechen in innerstaatlichen Konflikten nicht nur als Zuschauer beiwohnen darf. Es entstand die Denkfigur der „humanitären Intervention“. Nach diesem Konzept haben einzelne Staaten das Recht oder sogar die Pflicht zu intervenieren, wenn es auf innerstaatlicher Ebene zu einer humanitären Notlage kommt. Das wurde in den 1990er Jahren auch als Forderung einer

Bei der angedrohten Militäraktion geht es um Vergeltung für einen Normenverstoß, nicht um den Schutz derjenigen, die der Gewalt ausgesetzt sind.

„guten Weltbürgerschaft“ („good international citizenship“) verstanden. Der damalige britische Premier Tony Blair hat das für sich in die Formel übersetzt: Überall, wo Menschen bedrängt werden, sollen sie sich darauf verlassen können, dass wir ihnen zu Hilfe kommen. Als die Nato im Kosovokonflikt intervenierte, spitzte sich die Diskussion über humanitäre Interventionen zu. Gab es einen Weg, ohne einseitige Interventionen auf humanitäre Notlagen zu reagieren? Die Antwort war die Responsibility to Protect, kurz R2P, die damals von der „International Commission on Inter-

vention and State Sovereignty“ (ICISS) erfunden wurde. Der Ansatz der ICISS bestand darin, dass man das Problem konkret angehen wollte: An die Stelle eines Rechts auf Intervention trat die Verantwortung für Prävention, für den unmittelbaren Schutz (auch durch Zwangsmaßnahmen) und für den Wiederaufbau von kriegszerstörten Gemeinwesen. Die Entscheidungskompetenz über Zwangsmaßnahmen wurde dem Sicherheitsrat zugewiesen. Sollte er blockiert sein, sollte die Generalversammlung nach dem „Uniting for Peace“-Verfahren aus dem Jahre 1950 einspringen. Außerdem sollten regionale Organisationen einbezogen werden. Allerdings hieße es dann: Wenn das alles nicht funktioniert und Staaten eigenmächtig im Sinne der Schutzverantwortung handelten, dann läge das Problem nicht bei ihnen, sondern bei den UN. Der UN-Reformgipfel von 2005, der dann das Prinzip der Schutzverantwortung annahm, hat versucht, dieses Schlupfloch für einseitige Interventionen zu schließen, indem er nur den Sicherheitsrat als zuständige Instanz erwähnt. Aber natürlich bleibt die Frage, was passieren soll, wenn es einerseits einen internationalen Handlungsbedarf im Sinne der Schutzverantwortung gibt, aber der Sicherheitsrat blockiert ist.

Der Begriff von Verantwortung bleibt also auf militärische Eingriffe verkürzt?

Nein, durchaus nicht. Schon 1999 hatte sich gezeigt, dass sich humanitäre Notlagen nicht militärisch beheben lassen. Sowohl die ICISS als auch der UN-Reformgipfel von 2005 und spätere Stellungnahmen des jetzigen UN-Generalsekretärs betonen die zivile Seite der R2P. Es geht nicht nur um den militärischen Eingriff, es geht auch um Prävention und um den Wiederaufbau nach einem Konflikt, und es geht darum, beim unmittelbaren Schutz (Responsibility to React) auch nicht militärische Handlungsmöglichkeiten einzubeziehen. Die beste Antwort heißt wohl immer noch, alle Mittel konsequent für die Einleitung von Verhandlungen zu mobilisieren.

Das war aber im Syrienkonflikt nicht der Fall.

Absolut nicht. Es ist auch offensichtlich, dass der Schutzgedanke, wie er von der ICISS und dem UN-Reformgipfel von 2005 formuliert wurde, im Falle Syriens nicht im Mittelpunkt steht. Die jetzt in Erwägung gezogene Militäraktion wurde begründet mit der Chemiewaffenkonvention; es geht offenbar um Vergeltung für einen Normenverstoß und die Schwächung des Assad-Regimes, nicht um den unmittelbaren Schutz derjenigen, die der Gewalt von beiden Seiten ausgesetzt sind. Jeder Militärschlag würde vielmehr zusätzliche Opfer fordern. Deshalb versucht die R2P, eine zivile Handlungsperspektive zu eröffnen.

Das heißt, die internationale Politik pervertiert eigentlich die zivile Seite der R2P?

Ich muss etwas ergänzen: Die R2P wurde zwar 2005 als Verhaltensprinzip vom UN-Reformgipfel anerkannt, allerdings mit zwei zusätzlichen Elementen: Erstens wurde die Interventionsschwelle sehr hoch gelegt: die R2P greift „nur“ bei Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Verbrechen „unterhalb“ dieser Schwelle dürfen nicht zum Anlass von Gegenmaßnahmen werden. Zweitens hat man den Gedanken in den Vordergrund gestellt, dass es vor allem darum gehen müsse, die Regierung vor Ort zu befähigen, ihrer Schutzverantwortung nachzukommen. Es soll also weniger um Zwang als um Kooperation gehen. Das klingt blauäugig, heißt aber konkret, dass immer dann, wenn sich eine humanitäre Notlage abzeichnet, alles getan werden muss, um im Interesse der Bevölkerung Verhandlungslösungen zu erzielen. Das würde eine einseitige Parteinahme und Waffenlieferungen von außen ausschließen. Im Falle Syriens haben die interessierten Staaten nicht in diesem Sinne miteinander verhandelt, sondern die Polarisierung im Lande durch Unterstützung von Regierung oder Opposition schon frühzeitig vorangetrieben. Insofern hat die viel beschworene internationale Gemeinschaft in diesem Falle klar gegen den Geist der Schutzverantwortung verstoßen.

Das ist doch ein Widerspruch: Man soll erst eingreifen, wenn die Lage eskaliert ist, soll es aber so tun, damit es gar nicht erst zu einer Eskalation kommt. Müsste man, um zivilen Optionen eine Chance zu geben, nicht viel früher ansetzen?

Das ist ein Gedanke, den auch der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in die Schutzidee eingebracht hat: Seines Erachtens soll die jeweilige Regierung befähigt werden, für den Schutz der Bevölkerung

Man muss alles tun, um den Multilateralismus und die UNO zu stärken, statt beide immer wieder als hoffnungslos abzuschreiben.

zu sorgen, indem ihr wirtschafts- und sozialpolitischer Handlungsspielraum durch internationale Kooperation erweitert und die interne Handlungsfähigkeit des Staates verbessert wird. R2P wäre so gesehen nicht nur als eine krisenpolitische, sondern auch als eine strukturpolitische Agenda zu verstehen. Ban Ki-moon will die Schutzverantwortung in diesem Sinne entmilitarisieren und die zivilen, sozial- und wirtschaftspolitischen Aspekte in den Vordergrund rücken. Der Präventionsgedanke würde bedeuten, bereits dann zu handeln, wenn sich eine Zuspitzung abzeichnet, um entsprechend gegensteuern zu können.

Was hätte das im Fall Syrien bedeutet?

Aus meiner Sicht hätte die R2P in Syrien ihre Stärke beweisen können, wenn man sofort, als die Auseinandersetzungen angingen, versucht hätte, eine internationale Gruppierung unter Einbeziehung von Russland zusammenzubringen. Ob das möglich gewesen wäre, darüber kann man nur spekulieren. Aber es wurde gar nicht ernsthaft versucht. Der Westen hat gehofft, dass alles möglichst bald zu Ende ist. Außerdem hat er sich relativ früh darauf festgelegt, dass Assad weg muss und damit ein Handeln im Sinne der kooperativen Komponente der R2P fast unmöglich gemacht.

Sie sagen, man hätte mit Assad verhandeln müssen?

Ja, man hätte – so schwer es einem auch fällt, über den eigenen Schatten springen müssen und im Sinne einer Befähigungsstrategie – konsequent versuchen sollen, die anfängliche Reformbereitschaft, die die syrische Regierung signalisiert hatte, zu verstärken und damit der Eskalationsdynamik entgegenzusteuern.

Noch einmal zum Begriff der Verantwortung. Aus Sicht von medico beginnt diese noch früher als Sie es eben skizziert haben. So hat die GIZ das Assad-Regime bei der Privatisierung des Gesundheitswesens beraten, durch die soziale Sicherheiten massiv abgebaut und letztlich Vorbereitungen für den aktuellen Konflikt geschaffen wurden.

Tatsächlich hat jeder Konflikt seine Vorgeschichte. In Syrien hat es neben einer Dürre drastische Umstrukturierungsprozesse gegeben. Beides hat zu einer Verarmung der Landbevölkerung und einer Bewegung in die Stadt geführt. Urbanisierung bedeutet immer auch Entwurzelung und damit Politisierung. Insofern war ein hohes Politisierungspotenzial gegeben, das sich im Kontext des Arabischen Frühlings zunächst ganz zivil entladen hat. Erst durch die repressive Reaktion des Assad-Regimes hat die Gewaltanwendung auf beiden Seiten ihre verhängnisvolle Dynamik erhalten. Ich würde Ihnen auch insofern zustimmen, als der harte Kern der Schutzverantwortung nicht in der Militärintervention liegt, sondern in der zivilen Antwort auf eine krisenhafte Zuspitzung der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in einem Land. Das Problem dabei ist, dass die R2P in einem solch weiten Verständnis der Entwicklungspolitik sehr ähnlich wird. Im Grunde soll sie dann krisenbezogen das machen, was Entwicklungspolitik generell macht. Sie taugt dann zwar noch als Verstärker für das Bewusstsein der Zusammenhänge, verliert aber ihre Schärfe als Instrumentarium in einem akuten Konflikt.

Krisenfördernde Entwicklungen laufen zu lassen, führt aber immer wieder dazu, dass sich die Konflikte zuspitzen, bis die Situation ausweglos erscheint. In Syrien scheint eine politische Lösung seit dem Giftgasangriff ferner denn je...

Ich nehme es auch so wahr, dass niemand eine halbwegs befriedigende Lösung hat. Dennoch bleibt aus meiner Sicht nur ein politischer Weg. Das würde bedeuten auf Biegen und Brechen eine Verhandlungslösung durchzusetzen – als einzig reale Option einer tatsächlich auf Schutz ausgerichteten Politik. Man kann nicht zulassen, dass noch einmal 100.000 Menschen in Syrien sterben. Die Konsequenzen einer Verhandlungslösung liegen auf der Hand: das Assad-Regime würde politisch aufgewertet. Dasselbe gilt auch für Russland als unterstützender Staat. Das ist für viele Oppositionsgruppen nicht gerade eine erfreuliche Aussicht. Aber wenn es um eine Alternative zur Fortführung des mörderischen Krieges geht, muss sich im Politischen etwas bewegen. Man muss wirklich alles tun, um den Multilateralismus und die UNO zu stärken, statt beide immer wieder als hoffnungslos abzuschreiben. Angesichts der weltweiten Machtverschiebungen, die wir erleben, ist eine handlungsfähige internationale Organisation unabdingbar, um all die neuen Ungleichgewichte und Instabilitäten auch nur ansatzweise politisch auffangen zu können. In der UN steckt mehr Innovationspotenzial für den Umgang mit Konflikten als ihr gemeinhin zugeschrieben wird.

Das Interview führte Katja Maurer.

Projekte Projekti- onen



„Verschwundene“
der Globalisierung
Zentralamerika: Angehörige von
Migranten fordern Aufklärung

Zu Zeiten der lateinamerikanischen Militärdiktaturen gab es den Begriff der „Desaparecidos“, der „Verschwundenen“. Er bezeichnete all jene, die einfach verschleppt und später getötet wurden, ohne Nachricht an Angehörige, ohne Gerichtsverfahren. Von den 1960er bis in die 1990er Jahre „verschwanden“ so etwa 350.000 Menschen. Die Generäle sind Geschichte, aber das Phänomen ist für die Ärmsten und Armen zurückgekehrt. Heute sind es die Migrantinnen und Migranten, die in der Globalisierung „verschwinden“. Ihr Wunsch auf Teilhabe am großen Glück lässt sie zu Tausenden täglich Richtung Mexiko und USA ziehen. 70.000 wurden in den letzten drei Jahren

entführt, erpresst und mussten sich freikaufen, von zigtausenden anderen verliert sich jede Spur. Kein Anruf, keine Post, kein Lebenszeichen. Viele wurden Opfer der mexikanischen Drogenmafia oder korrupter Grenzpolizisten. Aber es gibt auch eine Gegenbewegung der Menschlichkeit. medico unterstützt Angehörige bei der Suche nach ihren Liebsten auf den Migrationsrouten. Menschenrechtsaktivisten richten Herbergen für jene ein, die im Transit nach Norden eine sichere Rast brauchen. Etwa im mexikanischen Tabasco, mit Hilfe von medico. An der Klärung der Namen tot aufgefundener Migranten mittels Genproben arbeiten argentinische Forensiker – bezeichnenderweise genau jene Wissenschaftler, die seit Jahren die Identität der „Verschwundenen“ aus der Zeit der argentinischen Militärjunta ermitteln.

Spendenstichwort: Migration.

Zone des Todes

Israel: Medizinische Hilfe für die Entkommenen des Sinai

Das europäische Migrationsregime selektiert nicht nur an seinen Außengrenzen und lässt in der Konsequenz Tausende afrikanische Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, sondern produziert auch regelrechte Todesstreifen. Der ägyptische Sinai ist eine solche Zone der Barbarei, in der vor allem eritreische Flüchtlinge „vogelfreie“ Beute sind: Sie werden von lokalen Beduinenfamilien verschleppt, gefoltert, ihnen werden Gliedmaßen abgeschnitten, damit die daheim gebliebenen Familien Lösegeld zahlen. Das ist möglich, weil der ägyptische Sinai ein „No Man's Land“ ohne jede staatliche Ordnung ist; aber dort ist auch ein bestialischer Rassismus heimisch, der in afrikanischen Flüchtlingen nur fleischliche Ware sieht. Kürzlich bereiste der Autor Michael Obert den

Sinai und beschrieb diese Schrecklichkeiten am Rande Europas. Bei seinen Recherchen stützte Obert sich auf die Hilfe der Ärzte für Menschenrechte – Israel (PHR-IL). Seit Jahren betreibt der medico-Partner in Tel Aviv eine Offene Klinik für Illegale – darunter sehr viele afrikanische Flüchtlinge. Viele durchlitten den Alptraum des Sinai. In Israel sind sie sicher vor Folter, aber ihnen droht Abschiebehaft, und Politiker beschimpfen sie als „Krebsgeschwür“. Michael Oberts beklemmende Reportage erschien im Magazin der Süddeutschen Zeitung und stieß auf immense Resonanz und Hilfsbereitschaft. Seitdem ruft der preisgekrönte Journalist zu Spenden an medico für die Arbeit der Offenen Klinik auf. Vielleicht gelingt es so, den Druck auf die israelische Regierung zu erhöhen, damit die Opfer dieses grausamen Menschenhandels angemessene Hilfe erfahren.

Spendenstichwort: Israel.

Rückkehr ins Leben

Sierra Leone: Ehemalige Abgeschobene ermächtigen sich selbst

Es war ein hartes Stück Arbeit, mit sich selbst, aber auch innerhalb der Gesellschaft, aus der sie kamen: Vor knapp zwei Jahren gründeten 40 Sierra Leoner in Freetown eine Selbsthilfegruppe der besonderen Art. Sie alle waren Flüchtlinge in Deutschland, zwar verschont vom Terror des Bürgerkriegs, und wurden nach deutschen Flüchtlingsgesetzen zum Teil brutal „rückgeführt“ – sprich: „nach Hause“ geschickt. Aber das Nachkriegsland bot ihnen keinerlei Gastlichkeit, schlimmer noch: die Abgeschobenen wurden als Kriminelle verunglimpft. Sie isolierten sich – und vereinsamten. Dann gründeten sie mit NEAS (Network of Ex-Asylum Seekers Sierra Leone) ihre kollektive Stimme. Vereint gewannen sie allmählich die Sprache zurück:

Nicht sie waren „schuldig“ geworden im goldenen Exil, sondern Deutschland entledigte sich ihrer. Jeder ihrer öffentlichen Auftritte wurde ein Akt der Selbstermächtigung, zuletzt mit den Mitteln des Theaters. Zusammen mit einer renommierten Bühne und finanzieller Hilfe von medico schrieb NEAS „Die Agonie der Deportation“, eine 25-minütige Odyssee ihres erlebten Unrechts. Abdulai Daramy, Vorsitzender von NEAS, bringt es auf den Punkt: „Das Stück hilft uns, eigene Erfahrungen kreativ zu verarbeiten, und ist zugleich ein Weg, die Öffentlichkeit über die unfaire europäische Asylpraxis und die Härte der Rückkehr zu sensibilisieren.“ NEAS vertraut dafür nicht allein auf die Kraft des Theaters, sondern beginnt sich auch global zu vernetzen: www.neas-sl.org

Spendenstichwort: Sierra Leone.



Mogadishu galt einst als Perle Ostafrikas. Heute ist die Stadt weitgehend zerstört, für Frauen ist der öffentliche Raum lebensbedrohlich geworden.

Schutz für Schutzlose

Somalia: Vor allem die Vertriebenen in den wilden Camps werden Opfer sexueller Gewalt. Die Frauenorganisation SSWC leistet Hilfe.

Von Bettina Rühl

Die Wände des Raumes sind mit Stoff ausgeschlagen, was eine warme Atmosphäre verbreitet. Außerdem stehen zwei Liegen in dem kleinen Raum. Als Sharifa Mohamed [Name geändert] vor vier Monaten zum ersten Mal hier war, nahm sie das alles nicht wahr. Die 28-jährige war dafür viel zu verzweifelt. Bis heute fällt es ihr schwer über das zu reden, was damals vorgefallen ist. Sharifa sitzt jetzt wieder in dem wohnlichen Zimmer, das „Save Somali Women and Children“ (SSWC) gehört, einer somalischen Nichtregierungsorganisation, die von medico gefördert wird. Nur hier, in diesem Schutzraum, ist Sharifa überhaupt in der Lage, über die Nacht vor vier Monaten zu sprechen.

Ihr Mann war an diesem Abend spät nach Hause gekommen, hatte aber am Tag immerhin ein bisschen Geld verdient. „Ich ging also los, um für die Kinder etwas zu Essen zu kaufen“, erzählt Sharifa leise. „Da standen plötzlich drei Männer vor mir und zogen mich in eine dunkle Ecke.“ Einer vergewaltigte sie, einer hielt sie fest und schlug sie, der Dritte verschloss ihr den Mund. Sie kämpfte, kam aber gegen die Übermacht der Männer nicht an. Erst nach anderthalb Stunden ließen die Angreifer von ihr ab. Weinend kehrte sie zu ihrer einfachen Hütte zurück. „Ich hatte starke Schmerzen im Unterleib und im Rücken, außerdem fühlte ich mich

missbraucht“, beschreibt die 28-Jährige. „Ein paar Tage lang konnte ich vor Schmerzen noch nicht einmal aufstehen.“

Immerhin steht ihr Ehemann zu ihr, was in Somalia nicht selbstverständlich ist. Als seine Frau so verzweifelt nach Hause kam, war er sofort voller Mitleid mit ihr und Wut auf die Täter. Er rannte los und versuchte noch, die drei Männer zu fassen, die aber waren natürlich längst weg. Auf die Idee,

Sexuelle Gewalt ist durch den Zusammenbruch staatlicher Strukturen, der Auflösung sozialer Regeln und den Bürgerkrieg so weit verbreitet wie nie zuvor.

zur Polizei zu gehen, kamen weder er noch Sharifa: Nach mehr als zwanzig Jahren ohne Regierung ist die somalische Polizei noch immer kaum funktionsfähig. Zwar hat das ostafrikanische Land mit Hassan Sheikh Mohamud seit einem Jahr ein legitimes Staatsoberhaupt, zwar wurde der Aufbau der Polizei seit vielen Jahren mit viel Geld auch aus Deutschland unterstützt, doch die Truppe ist bis heute wenig effektiv. Im Bewusst-



Fotos: medico

Anwaltschaft für Kriegsvertriebene: medico-Partner SSWC.



Gefährlicher Alltag: Hunderttausende leben schutzlos unter Ästen und Plastikplanen.

sein der Bevölkerung ist sie als Ansprechpartner nicht präsent. Und erst Recht nicht als Adresse in Notlagen wie diesen.

Am nächsten Morgen sah Sharifa drei Frauen in der Nähe ihrer Hütte. „Sie fragten herum, ob alles okay wäre, ob wir mit der Sicherheitslage zufrieden seien, ob wir eine ruhige Nacht gehabt hätten. Oder ob wir Hilfe bräuchten.“

Die drei Frauen waren Mitarbeiterinnen der Hilfsorganisation, in deren Raum Sharifa auch jetzt wieder sitzt. Sharifa begriff sofort, dass sie nach Überlebenden von Vergewaltigungen suchten und offenbarte sich ihnen. Sie ging mit ihnen mit, wurde medizinisch behandelt und psychologisch betreut. „Save Somali Women and Children“ bietet Frauen, die Opfer sexueller Gewalt wurden, auch juristische Unterstützung an. Fartuma Ibrahimy arbeitet für die Organisation, die seit rund einem Jahr in Mogadischu tätig ist. Seitdem kamen fast 1.300 Frauen zu ihnen. „Das sind Menschen jeden Alters, sie sind zwischen vier und 80 Jahren alt“, sagt Fartuma Ibrahimy. „Und nicht nur Mädchen sind betroffen, auch Jungen.“ Allerdings erfasst die Organisation in ihrer Statistik nicht nur die Überlebenden von Vergewaltigungen, sondern auch die Verheiratung Minderjähriger und erzwungene Eheschließungen.

Die meisten derer, die vergewaltigt werden, leben in einem der vielen Lager für Kriegsvertriebene in Mogadischu. Nach unterschiedlichen Schätzungen haben noch immer bis zu 370.000 Menschen keine richtige Behausung, sondern wohnen in selbstgebauten Notunterkünften aus Ästen, Plastikplanen, Stoffresten oder Pappe. Dort sind sie den oft bewaffneten Tätern schutzlos ausgeliefert. Auch Sharifa Mohamed lebt mit ihrer Familie in einer solchen Hütte. Juristisch verfolgt werden die Täter in aller Regel nicht: Zum einen behalten viele Frauen die Verbrechen für sich, weil das Reden über eine Vergewaltigung in Somalia ein Tabu ist. Das hat sich nicht geändert, obwohl sexuelle

Gewalt durch den langjährigen Zusammenbruch aller staatlichen Strukturen und die Auflösung vieler sozialer Regeln infolge des brutalen Bürgerkriegs mit seinen psychischen Folgen womöglich so weit verbreitet ist wie nie zuvor. Wobei es, wiederum mangels staatlicher Strukturen, keinerlei Statistik für die Kriegsjahre gibt.

Erhebt eine Frau doch einmal Anzeige, wird die Justiz meist nicht tätig. Tut sie es doch, wendet sie sich vielleicht sogar gegen die Opfer. So geschehen Anfang des Jahres. Da verurteilte ein somalisches Gericht ein Vergewaltigungsopfer zu einem Jahr Gefängnis. Der Grund: Die Frau

370.000 Menschen wohnen in selbstgebauten Notunterkünften aus Ästen, Plastikplanen, Stoffresten oder Pappe.

hatte staatliche Sicherheitskräfte für die Tat verantwortlich gemacht und damit, so das Gericht, staatliche Institutionen beleidigt. Ein Journalist, der über den Fall berichtete, wurde gleichermaßen verurteilt. Erst nach internationaler Empörung kamen beide frei. Seitdem aber, sagt Fartuma Ibrahimy, trauten sich noch weniger Opfer als vorher, sich nach einem solchen Verbrechen jemandem anzuvertrauen.

Für Sharifa ist die Scham über das, was gegen ihren Willen mit ihr geschah, zu einem ständigen Begleiter geworden. „Mein Leben hat sich seitdem von Grund auf geändert“, beschreibt sie, die Augen auf den Boden gerichtet. „Früher habe ich mein Gesicht nie verschleiert. Jetzt mache ich das, sobald ich das Haus verlasse. Ich möchte nicht, dass mich jemand erkennt.“ Ebenso allgegenwärtig ist die Angst davor, erneut zum Opfer zu werden. Anders als früher, geht sie abends nicht mehr alleine aus dem Haus. Was ihr im Ernstfall nicht viel helfen wird, denn ihr „Haus“ ist ja nichts, als die selbstgemachte Hütte. Im-

merhin hätten ihr aber die Beratungsstunden bei SSWC geholfen, sagt sie. „Ich weiß jetzt, dass es jeden treffen kann. Dass ich mir nichts vorzuwerfen habe.“ Trotzdem kann sie die Grübeleien darüber nicht stoppen, ob sie an jenem Abend, an dem sie noch etwas einkaufen ging, nicht doch etwas falsch gemacht hat.

Dass, in der Situation von Sharifa, Gespräche und Aufklärung nur ein Teil von Hilfe sein können, ist den Mitarbeiterinnen von SSWC klar. Sharif erhielt bei SSWC auch einen Nähkurs und eine Nähmaschine. Beides ist Teil der wirtschaftlichen Unterstützung für Überlebende sexueller Gewalt. „Mit der Maschine kann ich Geld verdienen, ohne dafür die Hütte verlassen zu müssen“, sagt Sharifa zufrieden. Viel kommt dabei allerdings nicht zusammen, denn ihre Kunden muss sie schon in der Stadt suchen. Ihre Nachbarn sind ja alles ebenfalls Vertriebene und haben in der Regel gar nicht genug Geld, um jemanden bezahlen zu können. An den besten Tagen verdient sie mit kleinen Reparaturarbeiten 18.000 somalische Shilling, umgerechnet etwa einen Dollar. „Das reicht dann, um davon die Milch für die kleineren Kinder zu bezahlen.“ Für das tägliche Überleben ist aber noch viel mehr nötig als das: Sharifa und ihr Mann versorgen vier Kinder zwischen zwei und zehn Jahren. Damit alle etwas essen können, sind sie weiterhin darauf angewiesen, dass Sharifas Mann bei der täglichen Suche nach Arbeit Glück hat und nicht leer ausgeht. Oft genug bleibt dieses Glück aus.



Bettina Rühl ist freie Journalistin für Print und Hörfunk. Sie ist eine der wenigen, die regelmäßig nach Mogadischu reist und das Leben und Überleben von Menschen beschreibt, die in jeder Hinsicht um ihre Existenz fürchten müssen. Für ihre Radiofeatures über das politische und soziale Innere Afrikas erhielt Rühl mehrere Hörfunkpreise.

Seit der großen Hungersnot 2011 unterstützt medico die somalischen Frauenrechtlerinnen von SSWC. Damals verteilten sie u.a. Nahrungsmittel für die Flüchtlinge, die wegen der Dürre und des Bürgerkriegs in Mogadischu ankamen. Eine Arbeit, die sich bis heute fortsetzt, weil die Flüchtlinge nach wie vor keine feste und vor allen Dingen sicheren Bleibe haben. Gemeinsam mit SSWC diskutieren wir, wie medico sinnvoll das Krisenzentrum für Frauen, die Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt wurden, unterstützen kann. Im Gespräch sind die Ausbildung von Frauen zur Existenzsicherung und Maßnahmen, die ihre Sicherheit stärken können.

Spendenstichwort: Ostafrika.

Schwerer Rückschlag

Südafrika: Ein US-Gericht hat die Klage von Apartheidopfern abgewiesen – ein Urteil mit weitreichenden Folgen.

Am 21. August 2013 dürften in den Vorständen so gewichtiger Konzerne wie Ford, General Motors und den beiden deutschen Unternehmen Daimler AG und Rheinmetall die Sektkorken geknallt haben. Jahrzehntlang haben ihre Unternehmen in Südafrika zu Zeiten der Apartheid durch ihre Geschäfte zu schweren Menschenrechtsverletzungen beigetragen und aus einem rassistischen System Profite gezogen – doch juristisch werden sie hierfür wohl nicht mehr belangt werden. Das zweite Berufungsgericht der USA hat eine seit zehn Jahren anhängige Klage südafrikanischer Apartheidopfer abgewiesen. So wird die Frage nach der Schuld an den massiven Menschenrechtsverletzungen nicht geklärt, niemand übernimmt die Verantwortung dafür und niemand begleicht den berechtigten Anspruch der Opfer auf Entschädigung: Die Akten wurden vorläufig zugeklappt.

Seit vielen Jahren ist medico Teil der Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika, die seit 1998 Entschädigung von den Profiteuren der Apartheid einfordert. Nachdem intensive Bemühungen, mit den verantwortlichen Konzernen zu verhandeln, gescheitert waren, reichte die von medico unterstützte südafrikanische Menschenrechtsorganisation Khulumani 2002 stellvertretend für Tausende Überlebende Klage in den USA ein. Dort wanderte sie von Instanz zu Instanz – bis zur jetzigen Abweisung. Aus Sicht von medico ist das Urteil ein politischer Skandal von großer Tragweite. Gefällt wurde es unter Berufung auf eine ähnliche

Entscheidung, Shell nicht wegen der Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen in Nigeria zu beheligen. In beiden Fällen hat die US-Justiz sich darauf berufen, dass der Alien Tort Claims Act (ATCA), eines der wenigen Gesetze, das Betroffenen von Unternehmensunrecht international überhaupt eine Klagemöglichkeit eröffnet, nicht auf Menschenrechtsverletzungen außerhalb der USA anzuwenden sei. Diese Auslegung minimiert die Aussichten von Klagen gegen Firmen und Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen extrem.

Für Khulumani, den größten Verband für Überlebende der Apartheid, und seine 60.000 Mitglieder ist die Ablehnung eine erschütternde Nachricht. Viele Jahre lang hat die Aussicht auf einen Erfolg die Beteiligten hoffen lassen, dass das erlittene Unrecht doch noch anerkannt wird. Dass Entschädigungszahlungen nun vermutlich ausbleiben, ist ein Aspekt. Die Ohnmacht und das Gefühl, keine Gerechtigkeit zu erfahren, der zweite, wohl noch gewichtigere. Ein ungeheuerlicher Kontrast: Hier Konzernvorstände, die selbstgefällig einen Haken an das dunkle Kapitel ihrer Unternehmensgeschichte machen können, dort Tausende Aktivistinnen und Aktivisten, die nun mit der bitteren Entscheidung leben müssen. In einem solchen Moment ist Solidarität besonders gefragt.

Christian Sälzer

Spendenstichwort: Südafrika.

Eine Stadt hält den Atem an

Afghanistan: Eindrücke aus Kabul, ein Jahr vor dem Abzug der ISAF-Truppen.

Mohammad Hamayun, medico-Mitarbeiter in Afghanistan, spricht als Erster aus, was alle unsere Gesprächspartner fast wortgleich wiederholen: „Niemand weiß, was im nächsten oder übernächsten Jahr geschehen wird. Ich weiß nicht einmal, wo ich dann sein werde.“ Bei allen, die wir in Kabul treffen, ruft die Ungewissheit der nächsten Zukunft die schlimmsten Erinnerungen der Vergangenheit wach: an das Jahr 1994 zum Beispiel, als sich die Taliban 15 Kilometer vor Kabul sammelten und immer wieder die Stadt bombardierten. Zwei Jahre dauerte es, bis sie Kabul und ihre damals 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Noch in den 1970er Jahren wohnten gerade eben 400.000 Menschen in Kabul, Hamayun schätzt, dass es heute fünf, vielleicht sogar sechs Millionen sind. Wir stehen auf dem Bibi Mahro, einer Anhöhe inmitten der Stadt, die einen Rundblick über das Kabul-Tal und das Gebirge gewährt, von dem es umschlossen wird. Die Stadt füllt das Tal vollständig aus, wild errichtete Siedlungen erklimmen die Berghänge, zwängen sich durch enge Schluchten hinaus in das weitere Land.

Auf der Anhöhe steht eine riesige Plakatwand mit dem Bildnis Ahmad Shah Massouds, Mudschaheddin-Führer und mächtigster Gegner der sowjetischen Besatzung wie der Taliban. Er fiel im September 2001 einem Attentat zum Opfer, sein Bild findet sich heute an vielen Straßenkreuzungen Kabuls. „Mich erinnert es an den größten Feh-

ler der ISAF-Intervention“, sagt Hamayun. „Man hat die Taliban vertrieben, doch die Mudschaheddin und Karzai gewähren lassen. Damit wurde die Chance eines Neuanfangs verspielt.“ Auch damit spricht der medico-Kollege aus, was wir von allen anderen hören, mit denen wir sprechen. Zu ihnen

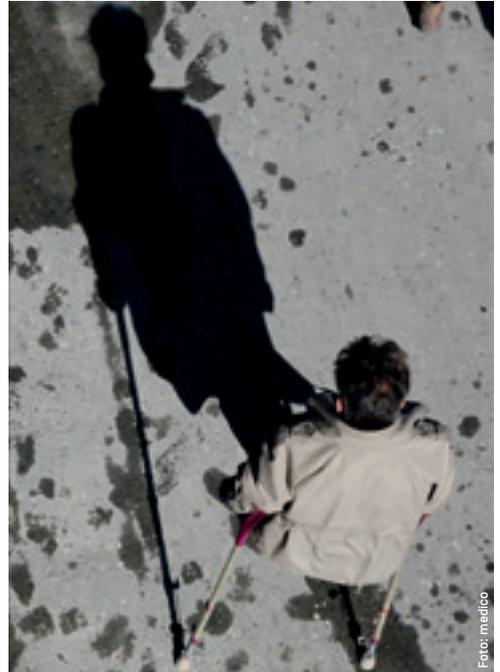


Foto: medico

Die Schatten der Vergangenheit sind allgegenwärtig.

gehört Dr. Sharif, der mit uns auf den Bibi Mahro gekommen ist. „Natürlich werden wir nicht aufgeben. Für mich wäre das auch zu spät. Ich war unter den Kommunisten, den Mudschaheddin und den Taliban in Haft, ich bleibe hier.“

Der Kampf um den 28. April

Sharif gehörte in den 1970er Jahren zur linken Studentenbewegung, schloss das Medizinstudium ab, konnte den Arztberuf aber nie ausüben. Heute ist er ältester Mitarbeiter des medico-Partners Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation (AHRDO). Die Menschenrechtsaktivisten haben gerade eine vielbeachtete Pressekonferenz abgehalten und dabei scharfe Kritik an den am Tag zuvor abgehaltenen Feierlichkeiten zum „Mudschaheddin-Siegestag“ geübt. „Bizarerweise wird dieser Tag auch von ihren Feinden gefeiert“, sagt Dr. Sharif. „Am 28. April 1978 haben sich die Kommunisten an die Macht geputscht, am 28. April 1992 zogen die Mudschaheddin in Kabul ein. Wir schlagen vor, an diesem Tag der anderthalb Millionen Menschen zu gedenken, die seit Beginn des Kriegs in Afghanistan sterben mussten.“ AHRDO stellt dazu drei Forderungen: Die Warlords sollen ihre Schuld eingestehen und um Vergebung bitten. Die Regierung soll das Recht der Kriegsversehrten und Kriegswitwen auf eine Wohnung, auf Schule und Ausbildung sowie eine gerechte Entschädigung anerkennen. Kriegsversehrte und Kriegswitwen sollen zusätzlich eine Pension von 400 Afghani bekommen – knapp sechs Euro.

„Dass wir uns auf die Seite der Versehrten und Witwen stellen“, sagt Dr. Sharif, „ist keine humanitäre, sondern eine politische Entscheidung. Wir sammeln Menschen aller ethnischen Gruppen und aller Glaubensbekenntnisse, und wir räumen den Frauen das erste Wort ein. Wir stellen uns gegen die Gewalt, auch die der ISAF.“ AHRDO hat in Kabul, Mazar-e-Sharif und einigen anderen Städten Selbstorganisationsgruppen von Kriegs-

witwen um sich geschart. Gemeinsam studieren sie Theaterstücke ein, in denen sie ihre eigenen Erfahrungen auf die Bühne bringen. „Methodisch folgen wir dem Theater der Unterdrückten“, sagt Fatima, mitverantwortlich für die Programmarbeit des medico-Partners. „Das wurde in Brasilien erfunden, im Widerstand gegen die Militärdiktatur. Wir übertragen das auf unsere Verhältnisse.“ Dann zeigt uns die junge Frau die dazugehörigen „Memory Boxes“, bemalte und mit Stoff ausgeschlagene Holzkisten, die von den Witwen mit Erinnerungsgegenständen ihrer getöteten Männer gefüllt werden: Kleidungsstücke, Schmuck, Käämme, Uhren, Bücher, auf Packpapierfetzen geschriebene, aus der Haft geschmuggelte Briefe. In öffentlichen Ausstellungen um die Kisten herum ausgebreitet, verwandeln sich diese unscheinbaren Dinge in Reliquien tausendfach erlittenen Leids – und in Talismane der Forderungen, mit denen sich die Überlebenden des Krieges auch an die fünf, vielleicht sechs Millionen Einwohner Kabuls wenden. Die Hälfte von ihnen sind noch keine zwanzig Jahre alt. Von mörderischer Gewalt sind sie heute schon alltäglich bedroht. Droht ihnen jetzt die Wiederkehr des Krieges, vor dem ihre Eltern nach Kabul flohen? Kann diese Stadt ihnen Schutz gewähren, vielleicht sogar einen zunächst brüchigen Frieden, einen Vorgriff auf Gerechtigkeit? AHRDO jedenfalls setzt auf diese völlig ungewisse Möglichkeit.

Thomas Seibert

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der afghanischen Menschenrechts- und Demokratieorganisation haben AHRDO gegründet, um unabhängig arbeiten zu können. Sie verleihen einer Zivilgesellschaft Ausdruck, die weiß, dass ein anderes Afghanistan nur von unten entstehen kann. Für diese mutige Arbeit ist AHRDO dringend auf Spenden angewiesen.

Spendenstichwort: Afghanistan.



Die „dunklen Winde“ der Unterdrückung: Demonstranten am 1. Mai in Santiago nach einem Tränengaseinsatz der Polizei.

Im Land des depressiven Zusammenbruchs

Chile: 40 Jahre Neoliberalismus – eine soziale Katastrophe. Von Carlos Pérez Soto.

Anlässlich des 40. Jahrestages des Militärputsches in Chile fand am 14. September 2013 in Frankfurt das Tagesseminar der stiftung medico international „Chile im Wandel?“ statt. Im Mittelpunkt standen die Folgen der Diktatur, aber auch der neoliberalen Politik für die chilenische Gesellschaft sowie die aktuellen sozialen Proteste. Einer der Referenten war Carlos Pérez Soto. Der nachfolgende Beitrag ist eine übersetzte und stark gekürzte Version seines Textes „Cuarenta años de modelo neoliberal en Chile“, in dem er die Auswirkungen des Neoliberalismus u.a. für den Bildungs- und den Gesundheitsbereich analysiert.

Seit fast vierzig Jahren ist Chile Schauplatz eines tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Experiments. Der Staatsstreich im September 1973 und die darauf folgende blutige Repression ermöglichten den zivilen Ministern der Militärregierung auf brutale Weise jede institutionelle Hürde zu beseitigen und ein der chilenischen Tradition völlig fremdes Wirtschaftsmodell zu implementieren. Dafür gab es weltweit keinen Präzedenzfall. Viele der von den neoliberalen Theoretikern in den letzten Jahrzehnten entwickelten Wirtschafts- und Sozialformeln wurden erstmalig in Chile angewandt. Der viel gepriesene „Erfolg“ des chilenischen Modells verschleiert aber die soziale Katastrophe für die meisten Chilenen und verschweigt dessen Grundlagen: Die Ausplünderung der nationalen Ressourcen. Laut Angaben

der Steuerbehörde verfügen heute 99 Prozent der Chilenen über ein monatliches Durchschnittseinkommen von 680 Dollar; ein Prozent über 27.400 Dollar. Unter den 99 Prozent gibt es ebenfalls beträchtliche Unterschiede: 81 Prozent verfügen über einen Durchschnittslohn von nur 338 Dollar. Die vermeintlich „erfolgreichen“ makroökonomischen Zahlen verbergen einen großen Betrug.

Verschiedene linke Analysen des Modells beschäftigen sich vor allem mit seinen gewalttätigen Ursprüngen. Sie übersehen dabei die zweite und viel tiefer gehende Phase, in der sich das Modell ausweiten und konsolidieren konnte. Tatsächlich haben die gewählten Regierungen nach 1990 das System Schritt für Schritt mit „demokratischen“ Mitteln und politischen Koalitionen, die sich als „Mitte-links“ ausgeben, vertieft.

Vom Anrecht zur Ware

Die in Chile zu beobachtende Prekarisierung der Beschäftigung, die Entnationalisierung der natürlichen Ressourcen und die Privatisierung der staatlichen Güter sind Folgen einer tiefgreifenden Neuorganisation der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung. Dabei ist der doktrinaire neoliberale Diskurs weder Ursache noch Motor dieser Reorganisation, sondern eher ihre Legitimierung: Die „Ineffizienz des Staates“; der Zwang, sich in die „Globalisierung“ einzureihen; das an-



Theorie im Freilandversuch: Der Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedmann besuchte 1975 Pinochet höchstpersönlich und spricht seine berühmte Diagnose: „Chile ist ein ‚sehr kranker Mann‘. Schocktherapie oder der Patient stirbt.“ Für diese Visite kassierte der Doktor aus Chicago 30.000 Dollar. Es folgte die Entfesselung des Neoliberalismus.

gebliche Unheil, das durch den „Protektionismus“ heraufbeschworen würde; die vermeintlichen Vorteile der „Eigeninitiative“ und „des unternehmerischen Selbst“ – all das sind Argumente, die aus dem Prozess der Neuordnung der Produktion entspringen und ihm dienlich sind.

Ein wesentlicher Bestandteil ist die vollständige Unterordnung des Staates unter die Interessen der Privatwirtschaft. Der Staat privilegiert bei der Auftragsvergabe die Unternehmen zum Nachteil seiner eigenen Dienstleistungen und Dienstleister. Unter diesem Regime ist es dem Großkapital gelungen, auch Dienstleistungen in Geschäftsfelder zu verwandeln, die traditionell als soziale Rechte vom Staat bereitgestellt und garantiert werden. Im Zuge dieser Kommodifizierung genehmigt der Staat die Profitmacherei mit grundlegenden Gütern, bürgt für deren Erträge und wälzt die Kosten auf die Allgemeinheit ab. In Chile zeigt sich das in so sensiblen Bereichen wie dem öffentlichen Personenverkehr, in der Lebensmittelindustrie und besonders im Bildungs- sowie im Gesundheitswesen.

Die Privatisierung der Bildung

Vor 35 Jahren hat der chilenische Staat das öffentliche System der höheren Bildung einfach an die Privatwirtschaft verschenkt. Entstanden ist ein System privater Universitäten, die alle Tricks beherrschen, mit denen sie Gewinne machen können, obwohl ihnen das per Gesetz formell verboten ist. Zudem ist es ihnen gelungen, eine Reihe außerordentlicher Steuerbefreiungen durchzusetzen. An den wenigen öffentlichen Universitäten sind unter dem Signum der Selbstfinanzierung und angesichts sinkender staatlicher Gelder die Studiengebühren auf das gleiche Niveau gestiegen wie an den Privatuniversitäten. Die Studiengebühren in Chile zählen so zu den höchsten der Welt. Eine Folge davon ist, dass die Familien 40 Prozent der Kosten für die Hochschulbildung tragen müssen – in der Regel, indem sie sich bei Privatbanken oder beim Staat verschulden.

In diesem System erklärt sich die „Qualität“ der Bildung nicht mehr im Bezug auf persönliche, kulturelle sowie gesellschaftliche Entwicklung.

Vielmehr sind die Universitäten zu Fabriken für Fachkräfte geworden, die hier eine Ausbildung kaufen, die ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Insofern hat die offizielle Lehrmeinung recht, wenn sie Bildung nicht mehr als ein Recht, sondern als ein „Konsumgut“ betrachtet.

Nicht besser sieht es im schulischen Bereich aus. Die Grund- und Mittelschulen wurden an die Kommunalverwaltungen übergeben. Gleichzeitig und in Konkurrenz dazu fördert der Staat das Wachstum privater Schulen durch direkte Subventionen und Steuervorteile. Hinzu kommt, dass sich die Privatschulen zu großen Gesellschaften zusammenschließen, die auch mit zusätzlichen Dienstleistungen Gewinne erwirtschaften, etwa mit dem Transport von Schülern oder dem Verkauf von Lehrmaterial. Die öffentlichen Schulen hingegen verarmen, da sie solche zusätzlichen Gewinne nicht erwirtschaften können. So verlieren sie nach und nach ihre Schüler an das Privatsystem. Die Studenten- und Schülerbewegungen der Jahre 2005 und 2011 haben das Drama des chilenischen Bildungswesens ans Licht gebracht. Seither gibt es eine breite öffentliche Debatte. Aber an keiner Stelle war die Politik auch nur zu geringsten Abstrichen an der Privatisierung der Bildung bereit, obwohl die übergroße Mehrheit der Bevölkerung dies wünscht.

Gesundheit als Geschäft

Ein weiteres Beispiel für die Vertiefung des neoliberalen Modells ist die von den Mitte-Links-Regierungen, der Concertación, verfolgte Gesundheitspolitik. Das Paradigma der „Ressourcenkonzentration“ beseitigte die allgemeinen, für eine umfassende Grundversorgung zuständigen Gesundheitsbudgets und installierte stattdessen ein System, in dem der Staat lediglich die Gebäude der Krankenhäuser bereitstellt. Die Dienstleistungen, zunächst Reinigung und Ernährung, später so zentrale Bereiche wie Verwaltung und vor al-

lem medizinische Versorgung werden vielerorts per Ausschreibungen an Privatfirmen vergeben.

Das öffentliche Gesundheitssystem beschränkt sich darauf, individuelle Gesundheitsleistungen in Form von Boni und Zuweisungen nach Fallhäufigkeitstabellen zu zahlen. Hierbei geht es nicht mehr um die Absicherung des Menschenrechts auf Gesundheit, auch soziale oder Präventionskriterien tauchen dabei nicht mehr auf. Stattdessen sind die Zuschüsse auf die medizinischen Bedürfnisse der Individuen als isolierte Einzelpersonen ausgerichtet. Es sind Ausgaben, die permanent zu überwachen sind, um ein Anwachsen des Staatshaushalts zu vermeiden, und jederzeit eingefroren oder durch einfache Verwaltungsmaßnahmen entwertet werden können. Dank der Bevorzugung der kurativen Medizin hat sich die Gesundheitslage insgesamt verschlechtert.

Wie öffentliche Gelder systematisch in den Privatsektor verschoben werden, zeigt sich an dem Garantiesystem *Garantías Explícitas en Salud* (GES). Wird ein Beitragszahler der staatlichen Krankenkasse FONASA in ein öffentliches Krankenhaus eingewiesen, stellt der Staat einen GES-Bonus aus. 2012 erhielt das Krankenhaus pro „Bettentag“ 129.000 chilenische Pesos. Die tatsächlichen Kosten sind allerdings mehr als doppelt so hoch. Die Differenz bleibt das Krankenhaus dem Staat schuldig. Um die Lücke zu schließen, sollen die Kommunen einspringen, die die Krankenhäuser verwalten. Hierzu fehlen ihnen allerdings die Mittel. Lediglich vier oder fünf von rund 350 Kommunen in Chile konnten die Leistungen ihrer Krankenhäuser aufrechterhalten. Alle anderen häufen eine „Krankenhausverschuldung“ an, die es ihnen unmöglich macht zu investieren. vielerorts mussten öffentliche Krankenhäuser Leistungen einschränken oder die Bettenzahl reduzieren. Da der Patient aber einen Bonus empfangen hat, der eine die Gesundheitsleistungen betreffende Garantie umfasst, hat er das Recht, eine private Klinik aufzusuchen. Für

die dabei entstehenden Kosten muss der Staat aufkommen. Plötzlich aber ist dieser auf magische Weise bereit, dieser privaten Klinik 800.000 Pesos – also sechs Mal mehr als bei öffentlichen Krankenhäusern – pro „Bettentag“ zu zahlen. Auf diese Weise hat der Staat allein in den ersten neun Jahren seit der Einführung des GES-Systems dem privaten Gesundheitssystem acht Milliarden Dollar zugeschanzt. Es ist müßig festzustellen, dass mit diesem Geld locker 20 qualitativ hochwertige öffentliche Krankenhäuser hätten gebaut und betrieben werden können. So aber wird die öffentliche Infrastruktur im Gesundheitswesen immer ärmer und defizitärer.

Während der Regierung von Michele Bachelet wurde der Bau zusätzlicher öffentlicher Krankenhäuser angekündigt. Es handelte sich scheinbar um eine sehr fortschrittliche Maßnahme. Aber sowohl der Bau wie auch der Betrieb dieser Einheiten wurde per Ausschreibungen und Konzessionen an Privatunternehmen vergeben. Um dem Privatsektor Anreize zu bieten, in einem defizitären Geschäftsfeld zu investieren, hat der Staat die neuen Krankenhäuser subventioniert. So erwachsen beim Bau zweier Krankenhäuser, dessen reale Kosten 300 Millionen Dollar betragen, dem Staat Kosten von 600 Millionen Dollar. Ein bemerkenswerter Effekt ist, dass die chilenische Regierung triumphierend verkünden kann, sie habe Gesundheitsausgaben erhöht. Letztlich sind aber vor allen Dingen öffentliche Gelder in Privatkassen umgeleitet wurden. Die Unternehmen können vollkommen marktunübliche Preisaufschläge und Gewinnmargen durchsetzen. Auf dieselbe Art sind auch die Ausgaben für Bildung, Kultur sowie Wohnungs- und Straßenbau drastisch gestiegen.

Ein Element der Privatisierung des Gesundheitswesens bestand darin, die Arbeitenden dazu zu zwingen, sieben Prozent ihrer Löhne in ein System der privaten Krankenversicherung einzuzahlen: in die ISAPRES. Hierfür sind jedoch relativ hohe Löhne erforderlich – mit dem Effekt, dass nur 16

Prozent der Bevölkerung bei ISAPRES versichert sind, nämlich die Gutverdiener. Der Rest nutzt das staatliche FONASA-System. Trotzdem haben die ISAPRES zwischen 1990 und 2004 direkte staatliche Subventionen von 530 Millionen Dollar erhalten, wodurch sie nicht nur wachsende Gewinne erzielen, sondern auch die wichtigsten Kliniken aufkaufen oder mit ihnen Gesellschaften gründen konnten. Der Staat zahlt den ISAPRES das, was sie für ihre legitimen Gewinne halten. Dies hat dazu geführt, dass 57 Prozent der Gesundheitsausgaben in Chile im Privatsektor getätigt werden, in dem jedoch nur 16 Prozent der Bevölkerung behandelt werden. Natürlich können die Chilenen durch Zuzahlungen bessere Leistungen erkaufen. Im Ergebnis werden 37 Prozent der Gesundheitsausgaben von den Familien selbst finanziert.

Der Kern all dieser Mechanismen ist die fortschreitende Umwandlung aller umfassenden und unteilbaren Rechte, die die Arbeitenden durchgesetzt haben, in personalisierte Boni und Zuweisungen: Boni pro Kind für Mütter, Boni für die Opfer eines Erdbebens, Subventionen für die Zusatzzahlungen der Väter an die Privatschulen, Boni für die Verbesserung der Wohnungen als Unterstützung angesichts der gestiegenen Heizmittelpreise, Boni für die Lernmittel zum Schuljahresanfang. Alles Boni nach Maßgabe der neo-populistischen und -klientelistischen Politik der Parteien, die jeweils die Regierungsgeschäfte führen. Solche Zuweisungen werden so lange gewährt, so lange die Staatsfinanzen es erlauben. Sie verschwinden allerdings sofort, wenn in den Kassen Ebbe herrscht oder die Banken und Großunternehmen wieder einmal Priorität haben.

Subjekte unter Druck

Verschuldung, Unterdrückung und Wucher prägen das Leben des Einzelnen in Chile. Vieles ist über die Auswirkungen dieser alltäglichen Unterdrückung auf die Subjektivität veröffentlicht

worden. Chile weist Rekordzahlen bezüglich Kindesmisshandlung, Gewalt in der Familie und Aggressivität im öffentlichen Raum auf. Auch die individuellen Folgen sind erschreckend. Wachsende Depressionsraten, die Zunahme psychosomatischer Erkrankungen, Dysfunktionen in der Kommunikation und emotionale Beziehungsstörungen kennzeichnen die psychische Lage. Geradezu unheimlich ist, dass diese Entwicklungen selbst zu einem riesigen Geschäft geworden sind. Chile ist wahrscheinlich eines der wenigen Länder, in dem man zwei oder drei Apotheken an einer Straßenecke finden kann. Angstlösende Mittel, Antidepressiva, Schlaftabletten und Tabletten, um sich wach zu halten – alles geht hier über den Ladentisch. Arzneimittel ersetzen den sozialen Protest. Die Empörung, die sich nicht ohne das Risiko von Entlassung oder Lohneinbußen äußern lässt, kommt schließlich als Somatisierung des Unbehagens zum Ausdruck. Chile ist das Land des depressiven Zusammenbruchs. Von der einfachsten Arbeiterin bis zum faschistoiden Präsidentschaftskandidaten, alle stehen unter einem gemeinsamen Zeichen: Jede Steigerung des ständigen Stressniveaus führt zum Kollaps.

Unter solchen Umständen kann es nicht verwundern, dass die Schüler und Studenten oder die absolut Armen in den Randzonen der Städte oder die Fußballfans die mit allen Mitteln unterdrückte soziale Gewalt öffentlich machen. Die Schüler- und Studentenproteste bringen ihr Unbehagen und das ihrer Familien ans Tageslicht. Die absolut Armen entladen ihren Zorn bei jeder öffentlichen Massenveranstaltung. Chile ist eine zutiefst gewalttätige Gesellschaft. Jene, die, ergriffen von einem Gefühl von Allmächtigkeit und Straflosigkeit, andere missbrauchen, können nicht unbegrenzt dunkle Winde säen. Früher oder später werden sie die von ihnen entfachten Stürme ernten. Erst dann wird endlich Chiles Stunde schlagen.

Der vollständige Text unter:

www.medico.de/soto



Foto: Privat

Carlos Pérez Soto ist einer der bekanntesten linken Theoretiker in Chile und unterrichtet an verschiedenen Universitäten in Chile. Er engagiert sich in den Diskussionen über die Perspektiven einer neuen Linken in Chile und entwickelt Vorschläge gegen die Kommerzialisierung von Bildung und Gesundheitsdiensten.

Seit Mitte der 1980er Jahre unterstützt medico Kooperationspartner in Chile. Bereits unter der Militärdiktatur kooperierte medico mit der Vereinigung ILAS, die psychosoziale Hilfe für Folteropfer leistete. Der Ansatz von ILAS, die Betroffenen nicht zu pathologisieren, auch wenn die Folter massive gesundheitliche Störungen zur Folge hatte, trägt die von medico geförderte psychosoziale Arbeit bis heute. Individuelle Hilfen und Entprivatisierung der dem Trauma zugrunde liegenden politischen Ursachen sind Achsen der medico-Arbeit. Dem Gedanken der Entprivatisierung von Leid folgend, unterstützt medico heute die Arbeit der Menschenrechtsorganisation CODEPU. Sie setzt sich für die juristische Aufarbeitung der Diktaturverbrechen ein, begleitet Angehörige bei Gerichtsprozessen und unterstützt die Mapuche, die Ureinwohner Chiles, im Kampf um die Anerkennung ihrer indigenen Rechte.

Spendenstichwort: Chile.

medico aktiv

Das Recht zu gehen

medico-Partner aus Mali auf
Migrationstagung

„Eigentlich bin ich schon seit sieben Jahren tot“, erzählt Roméo Ntamag aus Kamerun. Er ist einer von Tausenden Migranten aus Afrika, die Teil der europäischen Gesellschaft werden wollten. Doch bei dem Versuch, das dicht gestaffelte Grenzregime Europas zu überqueren, kam er fast ums Leben. Die marokkanische und algerische Polizei schoben ihn schließlich im Auftrag der EU nach Mali ab. Gestrandet in diesem fremden Land, der Traum von Europa zerplatzt und die Wege ins Heimatland durch die teuren Visa versperrt, lebte er mit 16 Jahren mehrere Monate lang auf den Straßen von Bamako. „Ich bin froh, dass ich aus meiner ausweglosen Situation etwas Gutes machen konnte.“ Er gründete ARACEM (Association de Refoulés d'Afrique Centrale au Mali), eine Selbsthilfeorganisation von zentralafrikanischen Migrantinnen und Migranten, die auf dem Weg nach Europa in Mali festsitzen. Der medico-Partner bietet Obdach und Rechtsberatung, psychosoziale Betreuung und Aidsprävention für migrantische Sexarbeiterinnen. Von seiner Geschichte



und der Arbeit von ARACEM berichtete Roméo Ntamag auf der Tagung „Grenzenlos. Migration in einer begrenzten Welt“, die Anfang September in Berlin stattfand. Eingeladen hatten neben medico auch Brot für die Welt, Caritas und andere. Diskutiert wurde, wo die Grenzen für die Teilhabe an einer Gesellschaft gezogen werden – und vor allem von wem und mit welchem Recht? So erinnerte die Soziologin Dr. Saskia Sassen daran, dass alle Migranten irgendwo auf der Welt auch Bürger seien, deren Rechte es zu respektieren gilt: das Recht zu bleiben ebenso wie das Recht zu gehen.

Video: www.medico.de/romeo

Weg mit PEPP

Widerstand gegen Fallpauschalen
in Psychiatrie und Psychosomatik

Alles hat seinen Preis. Aber haben alle Depressionen den gleichen? Ist die Therapie jeder posttraumatischen Belastungsstörung gleich aufwendig und entsprechend budgetierbar? Natürlich nicht. Genau hierauf beruht aber das „Pauschalierende Entgeltssystem für Psychiatrie und Psychosomatik“, kurz PEPP, das das Bundesgesundheitsministerium 2012 testweise eingeführt hat. Hierbei werden psychiatrische und psychosomatische Leistungen gemäß Fallpauschalen budgetiert. Heißt: Ein Krankheitsbild, ein pauschales Entgelt. Damit passiert hier das gleiche, was im somatischen Bereich vor zehn Jahren eingeführt wur-

de – und nachweislich eine gesundheitsgefährdende Fehlversorgung befördert hat. In diesem Herbst will das Ministerium PEPP für alle psychiatrischen Krankenhäuser endgültig festschreiben. Zusammen mit zahlreichen Sozialverbänden und Klinikleitungen versucht medico diese Ökonomisierung zu verhindern. Unter dem Spardiktat führt die Logik der Budgetierung dazu, dass Behandlungszeiten verkürzt werden, während der Einsatz von Psychopharmaka zunehmen wird. PEPP trägt so zu den gleichen hochproblematischen Entwicklungen bei, wie sie auch in der psychosozialen Arbeit im internationalen Hilfekontext zu beobachten sind.

Die Petition gegen PEPP kann auf www.weg-mit-pepp.de unterzeichnet werden.

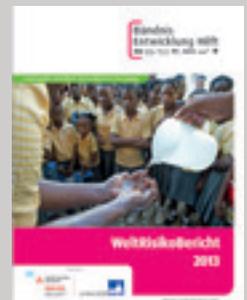
Gesundheit in der Krise

Der neue WeltRisikoBericht mit dem Schwerpunkt Gesundheit liegt vor

Hat ein Kind in Deutschland Durchfall, ist das nicht bedrohlich. In Indien hingegen sind 13 Prozent der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren auf schwere Durchfälle zurückzuführen. Dass die Verwundbarkeiten der Menschen zwischen Nord und Süd sowie zwischen Arm und Reich extrem ungleich verteilt sind, ist keine Neuigkeit. Genau aufzuzeigen, wie groß die Ungleichheiten sind, ist Ziel des WeltRisikoBerichts, der jedes Jahr vom Bündnis Entwicklung Hilft herausgegeben wird – einem Zusammenschluss von sieben Hilfsorganisationen, darunter medico international. Der aktuelle Bericht widmet sich dem Thema Gesundheit. Denn ob Dürre, Wirbelsturm oder kriegerische Auseinandersetzung: Bei extremen Ereignissen hängen die Überlebenschancen von Menschen maßgeblich von ihrem gesundheitlichen Zustand ab. Und davon, wie die medizinische Versorgung auch in Krisen- und Katastrophensituationen

funktioniert. Der medico-Beitrag „Die schleichende Katastrophe“ zeigt die fatalen Folgen der aktuellen Wirtschaftskrise und vor allem der herrschenden Strategien zu ihrer Bewältigung für die Gesundheit auf: Im Norden ausgelöst, trifft auch diese die Länder im Süden am heftigsten. Die Kürzung von Entwicklungshilfegeldern, Spardiktate und Strukturanpassungsprogramme zerstören vielerorts medizinische Versorgungsstrukturen. Auch in Europa fallen hart erkämpfte gesundheitspolitische Errungenschaften einer kühlen Austeritätspolitik zum Opfer. Fazit: Die Risiken steigen – und die Krisenpolitik kostet nachweislich Menschenleben.

Der Bericht kann bei medico bestellt oder heruntergeladen werden:
www.medico.de/weltrisiko





1



2



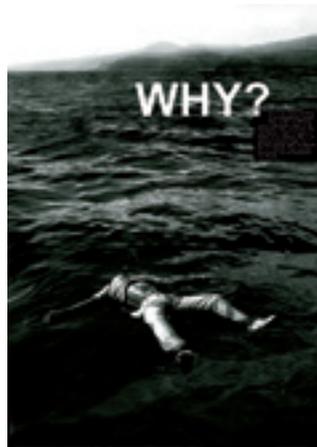
3



4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben, die medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 medico-Jahresbericht 2012**

[36 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

2 Stiftung medico international

[16 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

3 Fluchtursache Reichtum

[44 S.] Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In einigen ländern Westafrikas zeigt sich, dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft.

4 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführende Adressen.

5 Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit

[Plakate, DIN A1] medico-Plakate für Gesundheitszentren, Arztpraxen oder andere öffentliche wie private Orte. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: Gesundheit

6 WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

[DIN A1] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Migration

7 Stichwort Gesundheit

[40 S. DIN A5] Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.

8 Cool, aber tödlich

Für das große Geschäft mit billiger Kleidung zahlen Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrem Leben. Plakat, DIN A2 und Flyer inklusive 6 Stickern zur Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ich bestelle:

_____ **medico Jahresbericht 2012**

_____ **Broschüre: stiftung medico international**

_____ **Broschüre: Fluchtursache Reichtum**

_____ **Broschüre zu Testament und Erbschaft**

_____ **medico Plakate: Gesundheit DIN A1**

_____ **Plakat: WHY? DIN A1**

_____ **Plakat: Cool, aber tödlich**

_____ **Flyer: Cool, aber tödlich**

_____ **medico Stichwort: Gesundheit**

_____ **Broschüre: Migration und Klimawandel**

_____ **Flyer: Auf Rohstoffraub**

_____ **medico Rundschreiben 02/13**

Anzahl

Name _____

Straße _____

Ort _____

Meine Spendennummer _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen**
- dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.**

KTO _____

BANK _____

BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

**Bitte einsenden an
medico international**

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02



Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden

Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte.

Fördermitgliedschaft

Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Impressum

Herausgeber: medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002

E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

**Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer**
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt
Übersetzung Seite 32-37: Ralph Apel

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

Spendenquittung

medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto

medico international, Spendenkonto 1800,
Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01



Zustiftungen

Die Stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Artl und Hendrick Specken

Allgemeine Anfragen und Spendenquittungen
Tel.: [069] 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte,
Zustiftungen oder Testamentsspenden
Tel.: [069] 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Monika Hufnagel

Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden
zu einem Jubiläum, Geburtstag o.ä.
Tel.: [069] 944 38-23 | E-Mail: hufnagel@medico.de

Noch eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, und geben Sie dabei auch Ihre alte Anschrift an. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Eine andere Welt braucht eine andere Öffentlichkeit

Lesen Sie weiter.
Informieren Sie sich.
www.medico.de*



Highlights unserer Homepage:

Position: Die schleichende Katastrophe - Globale Gesundheit in der Krise | **Nicaragua:** Über Tank und Tellerand hinaus - Wahlprüfsteine zu Biosprit von medico international und dem Infobüro Nicaragua | **Israel/Palästina:** Die Offene Klinik der Ärzte für Menschenrechte - Hilfe für afrikanische Folteropfer aus dem Sinai | **Blog:** Die Wahrheit ist politisiert - Waffen werden den Syrienkonflikt nicht lösen | **Mali:** Im Schatten von Schengen - Nothilfe für abgeschobene Transmigranten aus Algerien | **Pakistan:** Erster Jahrestag der Brandkatastrophe in Textilfabrik - Opfer warten noch immer auf Entschädigung durch Discounter KiK und Gutachterfirmen | **medico aktiv:** Kein Geschäft mit dem Hunger! - Mit Absperrband gegen Nahrungsmittelspekulation | **Kampagne:** Hilfe für psychisch Kranke ein marktorientiertes Produkt? - Petition gegen das Pauschalierende Entgeltssystem für Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP)

Mit unserem E-Mail-Newsletter und in den sozialen Netzwerken halten wir Sie auch zwischen den Rundschreiben auf dem Laufenden und informieren über medico-Veranstaltungen in Ihrer Region: www.medico.de/service/sozialnetzwerke/

„Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade.“

[Johann Heinrich Pestalozzi]

Von der Wohltätigkeit zur Solidarität

Konferenz:

Über Macht und Ohnmacht der Hilfe

20.–22. Februar 2014

Frankfurt am Main

Themen u.a.: Krise, Auflehnung, Solidarität | Kritik an neoliberalen Hilfskonzepten | Grundlinien einer anderen Hilfepraxis: Menschenrechte, Gemeingut, Resozialisierung von Staatlichkeit

Veranstalter: **medico international**, mit Unterstützung von Heinrich-Böll-Stiftung, Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität, Rosa-Luxemburg-Stiftung



medico international